

W O R T P R O T O K O L L

der 49. Sitzung des Bildungsausschusses
am Donnerstag, 11. Januar 2024, 9.00 Uhr
in Schwerin, Schloss, Plenarsaal

Vorsitz: Abg. Andreas Butzki

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung

zum Antrag der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Verfassung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern

„Betreuungsschlüssel für Kindertageseinrichtungen in M-V senken“
- Drs. 8/2776 -

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Öffentliche Anhörung

zum Antrag der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Verfassung
des Landes Mecklenburg-Vorpommern

„Betreuungsschlüssel für Kindertageseinrichtungen in M-V senken“
- Drs. 8/2776 -

Vors. **Andreas Butzki**: Ich bitte die Plätze einzunehmen. Es sind jetzt auch alle Abgeordneten da und die Anzuhörenden. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 49. Sitzung des Bildungsausschusses und begrüße Sie alle recht herzlich. Dies ist unsere erste Sitzung im neuen Jahr, sodass ich die Gelegenheit nutzen möchte, Ihnen allen zunächst ein frohes, gesundes neues Jahr zu wünschen. Ich schlage vor, dass wir von der heutigen Anhörung gemäß § 24 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung ein Wortprotokoll anfertigen lassen. Sind Sie damit einverstanden? Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir so. Dann kommen wir zur Tagesordnung. Ich rufe auf: Einziger Punkt der Tagesordnung, Öffentliche Anhörung zum Antrag der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern „Betreuungsschlüssel für Kindertageseinrichtungen in M-V senken“, Drucksache 8/2776.

Bevor wir starten, möchte ich mich im Namen des Ausschusses bei den Vertretern der Volksinitiative sowie bei den Anzuhörenden bedanken, dass Sie sich heute die Zeit nehmen, um an unserer heutigen Sitzung teilzunehmen. Vielen Dank an Sie! Der Landtag hat den Antrag der Volksinitiative am 15. Dezember 2023 dem Bildungsausschuss als Federführer und dem Innen- sowie Finanzausschuss als Mitberater überwiesen. Wir haben uns im Bildungsausschuss darauf verständigt, nicht nur die Vertreterinnen und Vertreter der Volksinitiative, sondern zusätzlich weitere Sachverständige anzuhören. Nach § 9 Absatz 2 Volksabstimmungsgesetz muss der Landtag innerhalb von drei Monaten einen Beschluss über den Inhalt der Volksinitiative fassen. Aus diesem Grund mussten wir so kurzfristig zu der heutigen Anhörung einladen. Umso mehr freue ich mich, dass fast alle die Zeit gefunden haben, heute anwesend sein zu können! Es handelt sich bei unserer heutigen Sitzung um eine öffentliche Anhörung. Aus diesem Grund dürfen Bild- und Tonaufnahmen gemacht werden. Den Zuschauern ist es allerdings nicht gestattet, Beifall oder Missfallen zu

äußern. Ich bitte darum, sich entsprechend zu verhalten. Zunächst werde ich den Vertreterinnen und Vertreter der Volksinitiative die Gelegenheit zu einem fünfminütigen Eingangsstatement geben, in dem sie aus ihrer Sicht zu der Volksinitiative Stellung nehmen können. Sodann haben die zur Anhörung eingeladenen Sachverständigen die Möglichkeit, ein fünfminütiges Eingangsstatement abzugeben. Anschließend werden wir in eine Fragestunde eintreten. Die Reihenfolge, in der ich die Sachverständigen aufrufe werde, ergibt sich aus der Tischvorlage. Diese ergibt sich aus dem Zeitpunkt der Rückmeldungen. Dazu sage ich gleich noch etwas, da wird es eine kleine Veränderung geben. Ich sehe und höre keinen Widerspruch zum vorgeschlagenen Vorgehen, dann ist das so beschlossen. So, bevor wir mit der Anhörung beginnen, möchte ich einen Verfahrensvorschlag machen: Mir ist schon signalisiert worden, in der Einladung stand drin, circa zwei Stunden wird die Anhörung dauern, sodass wir ungefähr diesen Zeitkorridor von zwei Stunden auch einhalten möchten. Wir wissen, wie im Augenblick die Situation auf unseren Straßen ist und einige Nachfolgetermine haben. Herr Deiters hat schon angekündigt, er muss um 9:35 Uhr uns verlassen, sodass ich dann erst einmal dem Vertreter der Volksinitiative das Wort erteilen werde und danach Herrn Deiters. So, dann beginnen wir jetzt mit den Vertreterinnen und Vertretern der Volksinitiative. Uns wurde mitgeteilt, dass Herr Florian Rust für die Volksinitiative sprechen wird. Herr Rust, Sie haben das Wort.

(Zwischenruf Florian Rust)

Vom Platz aus. Mikro bitte anmachen, damit wir das protokollarisch aufzeichnen können.

Florian Rust (Vertreter der Volksinitiative): So. Gut. Ja, sehr geehrte Anwesende! Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier heute ein Eingangsstatement abgeben zu dürfen! Anfang des Jahres 2023 begann ich mit viel Unterstützung meiner Kolleginnen und meiner Betriebsleiterin der Hansekinder in Greifswald, eine Volksinitiative zur Senkung des Betreuungsschlüssels in Mecklenburg-Vorpommern vorzubereiten. Mit der Hilfe von Frau Bernhardt von Aktion Sonnenschein e.V. und Frau Wenke Stadach vom Internationalen Bund konnten wir Mitte April mit unserer Unterschriftensammlung beginnen. Wir haben alle unsere Verteiler aktiviert, den Weg

über die Medien auf uns genommen und selbstverständlich auch alle Fraktionen des Landtags kontaktiert. Rückmeldungen bekamen wir fast ausschließlich von Kitaleitungen, Schulleitungen, Eltern und pädagogischen Fachkräften. Schade eigentlich! Aber glücklicherweise hat der Erfolg der Volksinitiative nun doch eine Rückmeldung seitens der Politik, nämlich heute, provoziert und uns heute hier zusammengebracht. Es hieß also, 15.000 Unterschriften im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern zu sammeln. Am 20.09.2023, dem Internationalen Kindertag und dem Tag der Bekanntmachung der UN-Kinderrechte, gaben wir fast 20.000 Unterschriften ab, also mehr als 16.000 gültige am Ende. Über 16.000 Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind also im Wesentlichen dafür, den Betreuungsschlüssel in Mecklenburg-Vorpommern zu senken. Aber warum das Ganze? Eine Erzieherin passt auf 15 Kinder im Kindergartenalter auf. Das war doch früher auch nicht anders. Richtig, jedoch hat sich zu früher glücklicherweise einiges geändert, nur leider eben nicht der Betreuungsschlüssel. Aber was macht denn eine pädagogische Fachkraft, dass sie nicht 15 oder wie bald 14 Kinder betreuen kann? Sie haben es alle sicherlich gelesen und verinnerlicht, im Kindertagesförderungsgesetz – KiföG M-V sind im Abschnitt 1, § 1 die Ziele der Kindertagesförderung in Mecklenburg-Vorpommern beschrieben. Aus Zeitgründen – ich möchte sie jetzt nicht vorlesen, habe ich die mal mitgebracht und ich glaube, einige haben sie auch bekommen. Die individuelle Förderung unserer Kinder, steht da im Groben und Ganzen, die individuelle Förderung Ihrer Kinder, die Begleitung zu einem eigenständigen und eigenverantwortlich handelnden Menschen, der Toleranz zu anderen Menschen, Kulturen und Lebensweisen ist, einen Menschen, der am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann, Leben teilnehmen kann – Entschuldigung! Viele Kinder kommen in die Kindertageseinrichtungen, ohne laufen zu können. Also es ist durchaus eine lange und wichtige Entwicklungsphase, die eine pädagogische Fachkraft da zu begleiten hat. Dazu kommen die Bildungs- und Erziehungspartnerschaften mit den Eltern- und Personensorgeberechtigten und natürlich die Beobachtung und Dokumentation von Entwicklungsprozessen der Kinder, für die es auch heute mittlerweile oder immer noch deutlich zu wenig Zeit gibt.

Warum redet die Volksinitiative denn eigentlich ständig nur vom Betreuungsschlüssel und nicht von der Erzieher-Kind-Relation oder vom Personalschlüssel oder von noch anderen Fachbegriffen? Und warum redet sie nicht über die unterschiedlichen

Finanzierungsstrukturen in den Landkreisen oder über die unattraktive Ausbildung zur pädagogischen Fachkraft? Das hat zwei Gründe, die ich dafür gerne aufzeigen möchte. Das ist erstens, ist es den pädagogischen Fachkräften, die zumindest ich kenne, die heute Ihre Kinder, Enkelkinder, Neffen und Nichten individuell fördern und zu eigenständigen, eigenverantwortlichen, toleranten Menschen erziehen und Toleranz gegenüber anderen Menschen und zur Akzeptanz vor anderen Kulturen und Lebensweisen vermitteln, diese Menschen sind keine PolitikerInnen. Zwischen Eingewöhnungen von einjährigen Kindern, die in ihrem Leben meist noch nie getrennt von ihren Eltern gewesen sind, der Krankmeldung der KollegInnen und den Eltern, die ihre ganz eigenen Erziehungsstile wünschen, bleibt einfach keine Zeit, über bürokratische Hürden und Geldströme sich Gedanken zu machen. Sie wünschen sich eine merkbare Entlastung der täglichen Arbeit, um ihrem gesetzlichen Bildungsauftrag nachkommen zu können. Und zweitens ist schlichtweg auf so einem Formular für eine Volksinitiative nicht genug Platz, um alle die Probleme darauf zu behandeln, die wir hier haben und die wir zu bearbeiten hätten. Genau. Wie kommen wir da nun wieder raus im Bundesland, in dem laut Bertelsmann Stiftung die frühkindliche Bildung und Betreuung für fast 96 Prozent der anwesenden Kinder nicht kindgerecht ist? In dem Bundesland, in dem, ich zitiere: „Neuen Prognosen zufolge das Bundesland auch bis 2030 keine kindgerechte Kita-Qualität erreichen wird.“ Wie ich und auch andere schon in Zeitungs-, Fernseh- und Onlinebeiträgen erwähnen durften, sind wir als Volksinitiative uns mehr als bewusst, dass die Zahlen, die wir da fordern, absolut unrealistisch in der zeitnahen Umsetzung sind. Aber was sollten wir anderes fordern, als die auf Wissenschaft beruhenden Zahlen? Wir als Pädagogen können wir gar nichts anderes machen. In der Landtagssitzung vom 14.12. wurde die Volksinitiative behandelt. Für mich viel politisches Gewirbel. Ich mag lieber Ergebnisse. Dafür sind wir heute hier. Aber auf eine Aussage möchte ich mich gerne berufen und gerne in ein paar Jahren zurückblicken und sagen, das war gut, das hat funktioniert. Da möchte ich nämlich Herrn Renz von der CDU beim Wort nehmen. Er sagte, ich zitiere: „Qualität muss Vorfahrt haben. Wir müssen einen Stufenplan aufstellen, der einen klaren Zeitrahmen definiert, zum Beispiel 2030, Zielstellungen formuliert, in denen wir Verbesserungen für die Erzieher-Kind-Relation auf den Weg bringen wollen.“ Das wäre super. Während der Landtagssitzung wurde auch viel ausgerechnet und viele, wie viele pädagogische Fachkräfte und wie viel Geld wir für die Umsetzung benötigen

würden und nicht haben. Und mir ist auch klar, dass kein Geld und noch mal kein Geld nicht gleich mehr Geld ist, aber mit dieser Erkenntnis können wir nicht aus dem Haus heute rausgehen und einfach da weiterhin stecken bleiben. Frau Oldenburg sagte, dass die Fachkraft-Kind-Relation nicht gegen den Betreuungsumfang und die Platzanzahl ausgespielt werden darf. Ich würde gerne fordern oder wünschen... Wir wünschen einfach, dass es anders herum auch nicht ausgespielt werden sollte. Alles in allem reden wir über ein Problem, welches seit Jahren bekannt ist. Die Volksinitiative kommt aus der Praxis von pädagogischen Fachkräften, Kitaleitungen und Fachberatungen des Landes. Da empfinde ich es zumindest als bedenkenswert und auch als bemerkenswert, dass sowohl VertreterInnen des Landtages, als auch von den Gewerkschaften nicht in erster Linie ihre Solidarität ausdrücken konnten, sondern in ihrem eigenen politischen Kosmos bleiben – so empfinde ich das, ich als Privatperson – und auf bereits Geschafftes verweisen, andere Fraktionen angreifen oder auf fragwürdige Ansätze der Volksinitiative verweisen. Uns geht es nicht um politisches Wirken oder um Profilierung, sondern einfach um eine Entlastung der pädagogischen Fachkräfte, der Förderung unserer Kinder im Land und eine Verbesserung für die Kindertageseinrichtungen. Weil das ist unsere tägliche Arbeit. Wer von Ihnen würde denn seinen eigenen Kindern die Berufslaufbahn des Erziehers oder der Erzieherin vorschlagen? Wer würde sein Kind nicht lieber in der finanziellen Unabhängigkeit sehen, als in einer durch Schüler-BAföG oder elternfinanzierten Ausbildung? Die, seien wir ehrlich, wenig Wertschätzung in der Öffentlichkeit hat. Oder haben Sie schon von einem Autokorso für Kitas, Kinder oder die Schulförderung gehört, die von einer größeren Menge von PolitikerInnen unterstützt wird? Ich jedenfalls würde mich darüber freuen. Vielen Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Vielen Dank, Herr Rust! Nun kommen wir zu den Eingangsstatements der Sachverständigen, und wie schon angekündigt, wird Herr Deiters vom Städte- und Gemeindetag beginnen. Herr Deiters, Sie haben das Wort.

Thomas Deiters (Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e.V.): Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender Butzki! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren auch von der Volksinitiative! Herzlichen Dank für die Gelegenheit hier zu einer kurzen Stellungnahme! Zunächst mal möchte ich die

Anerkennung dafür hier ausdrücken, dass sich die Vertreter der Volksinitiative, dass Sie es geschafft haben, so eine Volksinitiative auf den Weg zu bringen. Das ist ja nicht immer ganz einfach. Und ich kann Ihnen auch vergewissern, dass der Städte- und Gemeindetag Ihre Forderung nach mehr Qualität in der Kindertagesförderung hier bei uns im Land, dass der Städte- und Gemeindetag die unterstützt. Das war, als wir damals das Gesetz zur Elternbeitragsbefreiung beraten haben, war das auch eine wesentliche Forderung auch bei uns in den Gremien, dass wir die Qualitätsverbesserung nicht sozusagen außen vor lassen, sondern dass wir die mit im Blick haben. Und ich glaube, die Gelegenheit ist jetzt auch richtig und gut. Man muss es ja auch immer zum richtigen Zeitpunkt machen, wenn man so etwas startet, dass wir jetzt parallel ja in der nächsten Zeit auch hier im Landtag den Gesetzentwurf zur vierten Änderung des KiföGs beraten und die Landesrahmenvertragsverhandlungen KiföG nach jetzt mittlerweile zwei, fast zwei Jahrzehnten, sind auch auf einem guten Weg. Es ist noch nicht, mit dem Schlichtungsverfahren ist noch nicht alles zu Ende, aber ich will Sie da nicht spoilern, aber ich glaube, auch Ihr Anliegen hat oder Ihre Initiative hat mit dazu beigetragen, dass Qualität dort auch eine große Rolle spielt. Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Rust, auch gerade in Ihren Ausführungen, dass Sie – jetzt will ich nicht sagen, das Anliegen der Volksinitiative ein bisschen relativiert haben – das würden Sie sicherlich in Abrede stellen, dass Sie das gemacht haben, aber so konsequent, wie es dort gefordert ist, den gesetzlichen Auftrag, dass quasi ad hoc die Personalschlüssel jetzt verbessert werden. Sie haben, und da danke ich Ihnen dafür, dass man da sachlich drüber reden kann, Sie haben ja selbst auch gesagt, dass das wahrscheinlich gar nicht möglich ist. Und da sind wir ja an einem großen, an der großen Herausforderung, wir sollten so etwas tatsächlich erst ins Gesetz oder in landesrahmenvertragliche Regelungen oder sonst wo hineinschreiben, wenn wir dann das Versprechen, was wir den Bürgerinnen und Bürgern, den Eltern und ihren Kindern auch machen, dass es dann tatsächlich erfüllt wird. Wir haben... Zu häufig sehen wir, dass Regelungen geschaffen werden, Erwartungen geweckt werden, die dann anschließend durch die Realität nicht erfüllt werden können. Und dann entsteht große Enttäuschung und großer Frust. Deswegen bin ich Ihnen dankbar, dass Sie an dieser Stelle das auch so deutlich gemacht haben, dass es letztendlich daran liegt, dass wir genügend Fachkräfte, genügend Personal in den Kitas erst mal brauchen. Und ich glaube, Sie laufen auch bei uns offene Türen ein, wenn Sie sagen, im Bereich

Ausbildung muss sich etwas verändern. Wir haben als Städte- und Gemeindetag damals, und wir sind froh, dass der Landtag das aufgegriffen hat, diese ENZ-Ausbildung versucht, mit anzustoßen aus Baden-Württemberg. Mittlerweile ist das ein Erfolg. Mittlerweile wird in anderen Bereichen auch geltend gemacht, sie hätten das auch ganz gerne. Unser großes Ziel, und da gucke ich auch in Richtung Herrn Taprogge von ver.di, ist, dass wir auf Bundesebene, auf Bundesebene letztendlich eine duale Ausbildung auch hinbekommen im Erzieherbereich, nicht um sie abwerten zu wollen, sondern tatsächlich um diese Verbindung zwischen Praxis und Theorie reinzubringen, eine vernünftige Bezahlung während der Ausbildung hinzubekommen und dann anschließend natürlich modulare Fortbildungsmöglichkeiten zu einer besseren Qualifizierung für die, die das in ihrem laufenden Berufsweg auch machen wollen. Ich denke mal, dass für die weiteren Beratungen hier im Ausschuss auch wichtig ist, die Volksinitiative, Sie haben es gesagt, Sie mussten es prägnant fassen. Wenn Sie es komplexer dargestellt hätten, wäre vielleicht die Antwort auch ein bisschen anders ausgefallen. Mich selbst ärgert das immer, wenn ich die Bertelsmann Stiftung lese und wir da sozusagen an den Pranger gestellt werden. Weil, was die Bertelsmann Stiftung häufig vergisst, ist, dass, wenn man sich die Situation in anderen Bundesländern anguckt, wenn man dort die Eltern fragt, dann möchten die dort eine verlässliche Kindertagesbetreuung, auch wenn sie hören, dass es hier 50 Wochenstunden möglich ist, dann fallen die um, was sich hier Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich leisten kann. Wenn sie hören, was wir an Fachkräftenfordernissen haben, und wenn sie hören, für wie viel Prozent, nämlich quasi für fast alle, bis auf den Hort-Bereich, wo wir keinen Rechtsanspruch haben, noch nicht, können wir das hier in Mecklenburg-Vorpommern absichern. Und die Frage ist, wenn man jetzt Personalschlüssel ins Gesetz hineinschreibt, die wir dann aber in der Praxis gar nicht erfüllen können, dann würde das auf der anderen Seite, da sind unsere Befürchtungen, dass wir dann nicht mehr allen Eltern und den Kindern das verlässliche Angebot machen können, dass sie tatsächlich auch einen Platz bekommen. Und das ist eine Abwägung, die der Gesetzgeber letztendlich auch treffen muss. Ich kann nur sagen, Sie rennen in bestimmten Bereichen offene Türen ein. Ich habe auch Verständnis dafür, dass Sie es prägnant formulieren müssen. Geben Sie uns vielleicht auch als Vertreter der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und auch der kommunalen Kita-Träger die Möglichkeit, dass wir die Sachen, die später im

Gesetz stehen oder in anderen Regelungen wie im Landesrahmenvertrag, tatsächlich auch erfüllen können. Und ich glaube, dann sind wir, kommen wir gemeinsam ein gutes Stück voran. Und Ausbildung, das müssen wir noch gemeinsam machen, aber da ist nicht der Landesgesetzgeber gefragt, sondern leider Gottes habe ich auch lernen müssen, die Bundesebene. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank, Herr Deiters! Ich habe Ihnen ein bisschen mehr Redezeit jetzt zugestanden, weil Sie uns ja verlassen gleich, und deswegen hatte ich da jetzt nicht eingegriffen. Als nächste wird jetzt Frau Dr. Gelke vom Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern das Wort erhalten. Bitte schön!

Dr. Judith Gelke (Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern e.V.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender Butzki! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Frau Ministerin und Herr Staatssekretär! Sehr geehrter Herr Rust von der Volksinitiative! Als Mutter hege ich ganz, ganz große Sympathien für das, was Sie da vorschlagen. Und auch als jemand, der ein paar Jahre lang vor fast 30 Kinder gefüllten Klassen stehen durfte. Jegliche Verbesserung in dem Bereich ist absolut wünschenswert und insofern haben Sie meine volle Sympathie. Als Verbandsvertreterin muss ich leider feststellen, wir stehen in einem Dilemma, denn wenn wir auf die realen Gegebenheiten gucken, in denen wir agieren müssen, muss ich feststellen, dass wir zumindest ad hoc und in einem Schritt die Veränderungen, die Sie hier vorschlagen und anregen, auf gar keinen Fall umsetzen können! Das wäre geradezu verantwortungslos. Und ich möchte Ihnen, ich habe ein paar Zahlen mitgebracht, erklären, warum das so ist. Herr Deiters hat auch schon einiges angesprochen. Wenn wir die Richtzahlen, die derzeit im Gesetz gelten, also 6 Kinder im Bereich Krippe, 15 Kinder im Bereich Kindergarten und 22 Kinder in den Hortgruppen mal gedanklich beibehalten, dann übersetzt sich das, was Sie hier vorschlagen, im Rahmen der Volksinitiative, darin, dass wir eine Fachkraft-Kind-Relation von 1,5 brauchen in den Kindergarten- und Krippengruppen und eine von 1,29 in den 22-iger Hortgruppen. Das heißt, wir würden den Personalbedarf im Bereich Krippe und Kindergarten um 50 Prozent erhöhen. Im Bereich Hort sind es rund 30 Prozent. Das heißt, wir sprechen Minimum über 4.000 bis 5.000 Fachkräfte, die wir neu bräuchten, um das umzusetzen, was Inhalt der Forderung der Volksinitiative ist. In ganz Mecklenburg-Vorpommern haben im vergangenen Schuljahr insgesamt 825

BerufsschülerInnen einen relevanten Abschluss erworben. Nebenberufe habe ich jetzt hier mal außen vorgelassen. Einbezogen habe ich staatlich anerkannte Erzieher, die Erzieher 0- bis 10-Jährige und die Heilerziehungspfleger. Wir bräuchten also ungefähr fünf komplette Ausbildungsjahrgänge, allein um den zusätzlichen Personalbedarf hier decken zu können und die angestrebten Verbesserungen zu erreichen. Damit ist aber noch keine Erzieherin ersetzt, die in den Ruhestand eintritt. Und dabei haben wir auch unterstellt, dass diese Ausbildungskohorten tatsächlich zu 100 Prozent bei uns im System landen, was eine grobe Fehlannahme ist. Es ist nämlich tatsächlich so, dass teilweise nicht mal die Hälfte dann in Mecklenburg-Vorpommern verbleibt oder dann auch in den Erzieherberuf bei uns eintritt. Nur mal, um die Dimension des Geforderten klar zu machen: Eine kurzfristige Umsetzung halte ich tatsächlich für nicht machbar und auch nicht verantwortlich. Unser System würde implodieren, wenn wir das machen. Es würde tatsächlich zu einem massiven Abbau von Betreuungsplätzen führen. Wir müssten also berufstätigen Eltern bzw. Familien mit einem sozialvulnerablen Hintergrund ihre bestehenden Betreuungsverhältnisse aufkündigen, damit wir das neue Betreuungsverhältnis dann auch mit Personal untersetzen könnten und leben könnten. Schon jetzt haben in manchen Regionen Einrichtungsträger Schwierigkeiten, die oft als zu moderat dargestellten Verbesserungen und schrittweisen Anhebungen der Personalschlüssel mit Personal tatsächlich zu untersetzen. Das sehen wir beispielsweise im Landkreis Ludwigslust-Parchim. Dort hat der Jugendhilfeausschuss vor einiger Zeit eine schrittweise Anhebung in einem deutlich moderateren Rahmen beschlossen und viele Einrichtungen kommen gar nicht hinterher. Weiterhin müssten wir prüfen, ob die Maßnahme überhaupt finanzierbar wäre. Über den Daumen würden sich die Personalkosten allein um ungefähr ein Drittel erhöhen. Hinzu kämen aufgrund veränderter Gruppengrößen räumliche Investitionsbedarfe in nennenswerten Größenordnungen. Mein Kollege Herr Wille aus dem Landkreis Vorpommern-Greifswald wird das sicherlich in seinem Statement gleich noch bestätigen können. Für die kommunale Ebene wäre ein solcher sprunghafter Kostenanstieg nicht zu bewältigen. Für die Landesseite, da kennen Sie sich am besten aus, in Ihrem Landeshaushalt, ich gehe davon aus, dass Sie nicht 150 Millionen ungenutzt derzeit irgendwo auf der hohen Kante liegen haben, die ungefähr den Landesanteil noch konservativ gerechnet dann bedeuten würde. Und das ist genau das Dilemma, in dem wir stehen. Alles, was ich eben gesagt habe, soll in keiner Weise

das Anliegen mindern, was absolut berechtigt ist und löblich ist, aber wir müssen uns, glaube ich, auf einen Weg begeben, der in kleinen Schritten hier vorangeht und mit Augenmaß erfolgt. Wir müssen uns zwingend auch an Personalverfügbarkeit orientieren, weil wir sonst unser gesamtes Betreuungssystem gefährden. Vielen Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank, Frau Dr. Gelke! Als nächstes hat Frau Madlen Thiele, Evangelische Fachschule für Sozialpädagogik Schwerin das Wort.

Madlen Thiele (Evangelische Fachschule für Sozialpädagogik Schwerin): Ja. Sehr geehrter Herr Vorsitzende! Verehrte Abgeordnete! Vertreter der Volksinitiative und Anzuhörende! Ich bedanke mich für die Chance, heute auch im Namen unserer jüngsten Gesellschaftsmitglieder sprechen zu dürfen. Es ist doch sehr verwunderlich, dass einige Politikerinnen und Politiker die Forderungen der Volksinitiative als, ich zitiere, derart ambitioniert bezeichnen, dass eine Umsetzung kaum möglich scheint. Diese Forderung ist nicht neu! Seit Jahrzehnten wissen wir um die miserablen Rahmenbedingungen in den Kindertageseinrichtungen in unserem Bundesland. Seit ebenso langer Zeit fordern Fachkräfte, Gewerkschaften, Familien und Fachleute eine geringere Erzieher-Kind-Relation. Trotzdem wurde im Krippen- und Hortbereich seit Jahrzehnten keinerlei Änderung am Betreuungsschlüssel vorgenommen. Die Möglichkeit hätte es tatsächlich gegeben, wenn sich die vorherige Koalition nicht für die beitragsfreie Kita entschieden hätte. Nun haben wir das Dilemma, einerseits Mittel für eben diese kostenintensive Beitragsfreiheit bereitzustellen und andererseits dringend notwendige Qualitätsverbesserungen voranzubringen. Für pädagogische Fachkräfte in Krippe, Kita und Hort stehen tagtäglich unterschiedlichste Aufgaben an, die sie bewältigen müssen. Gerne nenne ich einige, um Ihnen zumindest einen Eindruck der Arbeitsbelastung zu vermitteln. Zu Beginn einer jeden Bildungsbiografie steht der Beziehungsaufbau. Demnach ist die wichtigste Aufgabe einer pädagogischen Fachkraft, das Schaffen einer vertrauensvollen Umgebung. Nur so kann eine positive Beziehung zu jedem Kind überhaupt erst entwickelt werden. Denn nur wo die Beziehung stimmt, hat Erziehung überhaupt erst eine Chance. Individuelle Förderung: Pädagogische Fachkräfte sollen individuelle Förderziele und Pläne entwickeln, um die optimale Entwicklung jedes Kindes zu unterstützen. Partizipation: Denn nur wer frühzeitig Teilhabe erfährt, weiß, was es heißt, in einer Demokratie zu leben. Planung

und Durchführung von pädagogischen Aktivitäten, Gesundheitspflege und Hygiene, Erziehungspartnerschaft, Schaffung einer anregenden Lernumgebung, Unterstützung bei der Selbstständigkeitsentwicklung, fortlaufende Beobachtung und Dokumentation und, weil wir nicht alleine sind auf weiter Flur, natürlich auch Teamarbeit. Um das dafür notwendige Theoriewissen zu erlangen, genießen Fachschülerinnen und -schüler eine sehr gute, umfangreiche, praxisnahe oder praxisintegrierte Ausbildung in unserem Land. Doch nach der anfänglichen Euphorie sehen die jungen Fachkräfte oft ein, dass die pädagogische Praxis sehr ernüchternd ist. Stellen Sie sich bitte folgendes vor: Sie sind Erzieherin, Erzieher im Kitabereich, also aktuell für 15, eventuell bald für 14 Kinder zuständig. Sie wollen eine sichere Beziehung zu jedem Kind aufbauen, damit Sie die Bedürfnisse, Besonderheiten und den Entwicklungsstand eines jeden Kindes wirklich kennen. Nur so ist es überhaupt möglich, ein Förderziel zu formulieren, mit welchem ein Förderplan erstellt werden kann. Stichwort Gesetzentwurf KiföG: Besonderes Augenmerk wird auf den Sprachstand gelegt. Dafür benötigen Sie Zeit, um an jedem einzelnen Tag einfühlsam mit jedem Kind Ihrer Gruppe in Interaktion treten zu können. Da Sie wissen, wie wichtig Teilhabe, also Partizipation ist, wollen Sie diese natürlich auch jedem Kind ermöglichen. Nun steht die Kita, für die Sie arbeiten, in einem kapitalärmeren Sozialraum. Vier der Ihnen anvertrauten Kinder sprechen nicht Deutsch als Muttersprache, sechs Kinder zeigen deutliche Entwicklungsverzögerungen in diversen Entwicklungsbereichen, zwei Kinder kommen nur selten in die Einrichtung, sodass es jede Woche eine neue Herausforderung für sie darstellt, sich in das Gruppengefüge zu integrieren und bei mindestens drei der Kinder merken Sie häufig am Ende des Tages, dass Sie ihnen wenig oder gar keine Einzelzuwendung zukommen lassen konnten. Bitte bedenken Sie, die Zuwendung, die Sie einem Kind schenken, fehlt zeitgleich allen anderen. Sollte Chancengleichheit nicht nur ein Schlagwort für Sie sein, mit welchem gute Plakatwerbung gemacht werden kann, appelliere ich an Sie, verehrte Regierungsvertreter, die Kosten, die jetzt nicht getätigt werden, haben Sie nicht gespart, sondern schlichtweg verschoben auf den schulischen Bildungsbereich. Die aktuelle PISA-Studie zeigt die Missstände im frühkindlichen Bereich erschreckend eindrucksvoll. Im Gesundheitsbereich: Immer mehr Kinder werden chronisch krank. Und im volkswirtschaftlichen Bereich: Unter anderem die Ausbildungs- und Studienvoraussetzungen sind so nicht mehr gegeben.

Ich schließe mit einem Zitat von Maya Angelou: „Mach es so gut du kannst, bis du es besser weißt. Wenn du es besser weißt, mach es besser.“ Vielen Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank, Frau Thiele! Als nächsten hören wir Herrn Lars Békési, Geschäftsführer des Verbandes der Kleinen und Mittelgroßen Kitaträger Berlin e.V., Sie haben das Wort.

Lars Békési (Verband der Kleinen und Mittelgroßen Kitaträger Berlin e.V.): Vielen Dank! Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Abgeordnete und Anzuhörende! Vielen Dank, dass wir hier vor Ort sein können, um unsere Perspektive aus Sicht der Kitaträger, die ja deutschlandweit unterwegs sind, einbringen zu können. Ich danke zumindest auch mit aller Deutlichkeit dem Vertreter der Volksinitiative, dass er es eingebracht hat, diese Initiative erneut eingebracht hat, um, damit wir genau in diesem Aspekt in die Diskussion eintreten können. Damit keine Doppelungen entstehen und Wiederholungen, auch wenn das Thema sehr wichtig ist, bin ich dankbar, dass die anderen Vorredner schon viele Aspekte aufgegriffen haben, insbesondere Frau Thiele danke ich, dass Sie ziemlich deutlich das Bild der täglichen Arbeit benannt hat. Was ich auch nicht machen möchte, ist die Situation nutzen und uns gegenseitig im schönen Schachspiel zu beglücken dahingehend, was ist der Personalschlüssel, was ist Personalausstattung, was ist der Betreuungsschlüssel, was ist die Fachkraft-Kind-Relation? Ein Punkt bleibt immer derselbe, Sie müssen die zusätzliche Arbeitszeit, die unmittelbare Arbeitszeit, die pädagogische unmittelbare Arbeitszeit am Kind mit einrechnen und das erfolgt bei diesen ganzen Schlüsselspielen nur bedingt. Fakt ist, auch weil die Bertelsmann Stiftung schon genannt wurde, auch ich bin nicht immer ein Fan dieser Stiftung und deren Arbeit, weil die ein bisschen zurücksetzend ist, aber eine Botschaft ist und bleibt dieselbe: Sie haben ganz große Hausaufgaben, die Sie in den letzten Jahren nicht wirklich angestrengt haben. Sie haben zwar einen Ausbau, einen Platzausbau vorgenommen, Sie haben eine Verbesserung angestrebt, aber die verpuffen, weil Sie es in dem letzten Jahrzehnt eigentlich nur geschafft haben bei den U3, also bei den unter 3-Jährigen zum Beispiel von 1,61 auf 1,57 zu kommen, mit der Personalschlüsselsituation, die vorhin genannt wurde. Und das ist eindeutig zu wenig! Sie müssen mehr leisten! Jetzt bin ich bei Herrn Deiters auch genauso, die

Überforderung des Systems soll es nicht geben, aber Vogel-Strauß-Perspektive hilft Ihnen letztlich auch nicht weiter, sondern Sie brauchen strukturelle Qualität und Sie brauchen gut ausgebildete Fachkräfte. Und da sind wir an dem nächsten entscheidenden Punkt, der für uns sehr wichtig ist, es geht um die Ausbildung der Fachkräfte. Und tatsächlich bin ich dankbar, dass Frau Dr. Gelke schon einige Zahlen genannt hat. Also wenn 825 tatsächlich ausgebildet werden pro Jahr in Ihrem Bundesland und davon ungefähr 50 Prozent nur ankommen, haben Sie ein Zehntel der Hausaufgabe erst geschafft, weil Sie sagten, Sie brauchen 4.000 bis 5.000 Kräfte, fairerweise sind wir bei 6.000. Also Sie müssen in fünf Jahren 6.000 zusätzliche Fachkräfte schaffen, um halbwegs Richtung wirtschaftlicher, pädagogischer, sinnvoller Arbeit zu kommen. Warum sage ich das mit aller Deutlichkeit? Es geht um die Kinder. Und die Kinder haben einen Bildungsanspruch und ein Bildungsrecht. Und ich habe hier immer nur Betreuungsqualität oder Betreuung gehört. Nein, es ist frühkindliche Bildung! Es geht um Bildung, um Bildungschancen! Ihre Aufgabe im Landtag ist es, mit einer neuen gesetzlichen Ausformulierung, einer Verbesserung der Personalausstattung dafür zu sorgen, dass wirklich die Chancengleichheit aller Kinder in Mecklenburg-Vorpommern gewährleistet ist, dass sie Bildung genießen können und dass ihre Defizite, die sie tatsächlich vielleicht derzeit noch haben, abgemildert und verändert werden. Da ja netterweise auch die Ministerin anwesend ist und Herr Staatssekretär möchte ich noch einen kleinen Exkurs wagen. Und zwar gibt es ja auf der Bundesebene die Situation, dass gerade ein Kitaqualitätsentwicklungsgesetz ausformuliert wird. Dieses hat für Sie alle miteinander auch die Chance, zu gucken: Was passiert da gerade? Was hat das Land Mecklenburg-Vorpommern dort eingebracht? Und vor allen Dingen, was will es mit dem Geld tatsächlich vor Ort hier im Landtag beschließend dann machen, um die Qualität zu verbessern, um auch dann zu sorgen, dass die Kinder tatsächlich nicht allein gelassen werden. Weil, wenn wir 96 Prozent hören, ist das eine Bewahrung und Aufbewahrungsstätte, aber hat nichts, rein gar nichts mit Bildung mehr zu tun. Das ist sehr schade, denn das muss nicht sein. Wir als Verband sehen es genauso und fordern es mit ein, dass die Landesregierung vielleicht Ideen mit anderen entwickelt, stufenweise eine Verbesserung herzustellen. Und da sehen wir bei der Volksinitiative, auch das will ich nicht relativieren, stufenweise ist ein kluger Schritt, nur Sie müssen sich jetzt auf den Weg machen und nicht wieder 2030 in die Zeit rufen. Ich weiß, die Zeit rennt uns weg. Deswegen ganz kurz in der

Hinsicht noch, wenn Sie Fragen und Anregungen haben und Rückfragen, dann stehe ich gerne zur Verfügung. Und ich habe bewusst nicht jetzt das Manuskript genommen, weil viele Aspekte schon genannt wurden. Vielen Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank! Als nächster hat Herr Dietger Wille, Beigeordneter und zweiter Stellvertreter des Landrats des Landkreises Vorpommern-Greifswald das Wort. Bitte schön.

Dietger Wille (Landkreis Vorpommern-Greifswald): Ja, meine Damen und Herren, ich danke auch recht herzlich für die Möglichkeit, sich hierzu zu äußern! Dieses Thema hat, muss aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden. In der ersten Perspektive möchte ich mich den Themen, die eben sehr intensiv erörtert wurden, ganz kurz anschließen. Ich will die Dinge nicht wiederholen, aber ich bin ja Finanzdezernent des Landkreises auch, und deswegen gucke ich natürlich sehr stark auf die Wirksamkeit von finanziellen Mitteln usw., und im Sinne einer Prioritätensetzung glaube ich auch, dass das Anliegen der Volksinitiative auch aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll wäre. Denn das wäre, was wir die letzten Jahre gesehen haben, dass die Kosten der Hilfen zur Erziehung explodiert sind. Also ich habe 2016 beim Landkreis angefangen. Dort hatten wir 16 Millionen Aufwendungen pro Jahr für diesen Sektor. Heute bewegen wir uns irgendwo bei 36/37 Millionen Euro pro Jahr. Und das hat nicht unbedingt damit zu tun, dass wir sehr viele zusätzliche Fälle bekommen haben. Man muss ja auch berücksichtigen, dass wir viel weniger Kinder und Jugendliche haben als noch vor einigen Jahren. Aber die Fälle sind viel schwerer geworden. Der Förderbedarf ist extrem viel höher und jeder Fall eines älteren Kindes ist viel, viel teurer, als wenn ich sehr früh interveniere. Insofern, aus dieser Logik heraus spricht viel dafür, dort auch mehr zu machen. Aber dieses mehr machen, das muss natürlich auch gehen und das ist eine andere Perspektive. Und dieses – wie geht das? – hat natürlich mit Weichenstellungen und auch mit Prioritätensetzungen zu tun. Eine Sache haben Sie bereits angesprochen, die Priorität ist hier im Bundesland vor einigen Jahren darauf gestellt worden, eine Beitragsfreiheit herzustellen. Das konnte man politisch so machen. Da spricht auch, glaube ich, durchaus das eine oder andere dafür. Aber man muss natürlich sagen, wenn man jetzt einen anderen Kurs will, muss man dort, um es machbar zu machen, auch wieder etwas ändern. Alles auf

einmal haben, geht, glaube ich, nicht. Das wird im System absolut unmöglich sein. Also insofern, wenn man auf die Ressourcen guckt, die sind endlich. Das heißt, ich muss die Ressource möglichst schlau einsetzen. Ich hielte es für schlau, eine Priorität dort zu setzen, wo Sie es genannt haben. Muss aber konstatieren, dass im System, wie es jetzt ist, wir sehr viel Ressource in andere Dinge stecken und da kann man sicherlich, langfristig gesehen, umsteuern. Ich glaube auch, dass es wünschenswert und sinnvoll wäre, aber es ist meiner Auffassung nach ein sehr, sehr langer Weg, der sehr viele, auch unbequeme Entscheidungen erfordert, wo man vielleicht Dinge auch zurücknehmen muss, wie man es in der Vergangenheit gemacht hat usw. und so fort. Und das ist einfach meine dringende Bitte, hier nichts zu tun, was einfach einen neuen Standard schafft, ohne sich mit anderen Schwerpunkten auseinanderzusetzen. Denn es ist so, wir haben, kommunal kommen wir aus einer Finanzsituation, die man als krisenhaft bezeichnen muss. Wir haben ein neues Finanzausgleichsgesetz bekommen im Jahre 2020, was meiner Auffassung nach ein großer Erfolg war für die kommunale Ebene, wodurch sich die kommunale Leistungsfähigkeit deutlich stabilisiert und verbessert hat. Ich muss aber auch heute konstatieren, dass viel dieses Erfolges aufgeessen worden ist durch Standarderhöhungen, Standardsetzungen aus den vergangenen Jahren, sodass sozusagen die Kommunen jetzt keinen größeren Handlungsspielraum daraus haben und eine neue Last einfach schlicht und ergreifend eine Überforderung wäre. Wenn man jetzt alleine den Bereich des KiföGs rausnimmt, das ist ja so, dass wir jetzt als Landkreise alle Entgeltverhandlungen führen, alle Verträge schließen mit den Kitabetreibern und als wir in das System eingestiegen sind, in das neue System, haben wir 100 Millionen Euro ausgegeben als Landkreis für all diese Plätze. Wir sind jetzt durch Tarifsteigerungen, auch durch verschiedenste Standardänderungen, die es jetzt auch schon gegeben haben, sind wir bei jährlich über 140 Millionen Euro. Und das heißt, ich glaube, wenn ich mich recht erinnere, bezahlt das Land davon 54,5 Prozent, den Rest teilt sich die kommunale Ebene. Am Ende, muss man sagen, bezahlt es die Gemeinde vor Ort, weil wir als Landkreis holen das Geld auch nicht irgendwie vom Himmel, sondern wir nehmen es als Kreisumlage von den Gemeinden, das, was wir nicht als Schlüsselzuweisung bekommen. Das heißt also, neue Standarderhöhungen würden natürlich neues Geld kosten. Und deswegen würde ich immer plädieren, wenn man diesen Weg einschreiten will, geht es nicht durch einfach einen neuen Standard, sondern dann müssen an anderen Stellen

Prioritäten so gesetzt werden, dass das nicht eine Mehrbelastung ist, sondern dass es eventuell in der Summe gleichbleibt. Oder man muss eben in ganz anderen Themenbereichen eine andere Priorität setzen, sodass es jedenfalls finanziell möglich ist. Es muss dann aber auch objektiv möglich sein. Und objektiv möglich sein bedeutet, das ist auch schon angesprochen worden, ich brauche die Menschen, die diese Aufgabe ausführen. Und das ist nicht nur ein Ausbildungsthema. Selbstverständlich ist das ein Ausbildungsthema, und da ich auch Bildungsdezernent bei uns bin, kann ich sagen, wenn ich so ein Bildungs-... also wir versuchen jetzt gerade auch dort bei uns für Erzieher neue Bildungsgänge im Landkreis einzurichten, aber das ist ein Jahresprojekt und bis ich das am Laufen habe und das wirkt, vergeht mindestens ein Zeitraum 5 bis 10 Jahre, bis ich dort irgendwie einen anderen Output habe. Wir dürfen aber bitte auch nicht vergessen, wir in Mecklenburg-Vorpommern leben wir nicht im luftleeren Raum, sondern wir haben eine demografische Entwicklung, die ist, wie sie ist. Man kann das beklagen oder aber nicht, aber sie ist so. Und objektiv, ich habe das mal vor zwei Jahren ausgerechnet, zum Ende des Jahres 21 hatten wir in der Bevölkerungsgruppe der 50- bis 60-Jährigen in gesamt Mecklenburg-Vorpommern so um die 250.000 Einwohner. Die ganz exakte Zahl habe ich jetzt nicht mehr im Sinn, aber so die Größenordnung war das. Die Bevölkerungsgruppe der 10- bis 25-Jährigen, also die der 10- bis 20-Jährigen konnte ich leider statistisch nicht greifen, war bei ungefähr 110.000 Einwohnern. Das heißt, wir haben eine Lücke von fast 150.000 Einwohnern. Das heißt, das sind Menschen, die sind nicht da. Und in jeder Branche wird sich daraus eine Not entwickeln und die wird es natürlich auch bei den Erziehern geben. Es ist nicht nur eine Frage, mehr Ausbildung zu machen, sondern die Menschen, die die Ausbildung dann machen können und wollen, die müssen natürlich auch da sein. Und da bitte ich einfach nur zu beachten, wir werden dort die nächsten Jahre in ganz schwierige Situation kommen. Wir sind es teilweise schon. Und das ist gar kein spezielles Erzieher- oder Kita-Thema, sondern das ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, sodass wir sagen müssen: Wie bekommen wir die Aufgaben, die uns wichtig sind, mit weniger Leuten hin? Oder wie kann man Dinge auch einfach anders erledigen? Das sind vielleicht erst mal die Perspektiven, die ich als Eingangsstatement hier vorbringen möchte. Vielen Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank, Herr Wille! Als letzter Anzuhörender ist Herr Taprogge, Bezirksgeschäftsführer ver.di Schwerin sowie Gewerkschaftssekretär Bereich Gesundheit und Soziale Dienste, Sie haben das Wort.

Daniel Taprogge (ver.di Bezirk Schwerin): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Raum! Und meinen vollen Respekt für die Kolleginnen und Kollegen, die die Volksinitiative ins Leben gerufen haben! Ich habe eben gelernt, ich bin einer von zumindest wahrscheinlich 16.000 gültigen Unterschriften und 20.000 Menschen, die diese Volksinitiative unterschrieben haben und unterstützt haben. Und ich möchte kurz noch einmal sagen, warum. Inhaltlich hat es Frau Thiele gerade sehr eindrucksvoll auch noch mal dargestellt. Das Ziel mehr Kolleginnen und Kollegen, mehr pädagogische Fachkräfte in die Kitas zu holen, damit einen besseren Betreuungsschlüssel zu gewährleisten, liegt einfach darin, um die besten Bildungs- und Erziehungschancen für die Kinder, die hier aufwachsen und die wir auch täglich in die Kitas bringen, zu gewährleisten. Daneben ist ein Ziel oder ein Grund dafür, warum ich das unterschrieben habe und auch viele unserer Kolleginnen und Kollegen das unterschrieben haben und auch selber damit unterstützt und Unterschriften sicherlich gesammelt haben, dass sich dadurch die Arbeitsbedingungen und eben diese Gelingensbedingungen für die bessere Bindungsarbeit, für die bessere Erziehungsarbeit dann auch gelingen und manifestieren können. Zeit ist in der Bildung, in Bildungsarbeit ein wichtiger Faktor. Das hat Frau Thiele ja auch gerade noch mal eben sehr klar gesagt. Wenn ich Zeit für ein Kind habe, habe ich gerade nicht so viel Zeit für die 13 oder 14 oder 15 oder 16 anderen Kinder. Das muss man ja auch noch mal klar sagen. Es sind nicht immer 15 Kinder in einer Kindergartengruppe. Es können ja auch durch die durchschnittliche Bemessung, kann da ja auch ein Kopf mehr drin sein. Da sind wir wirklich noch nicht auf diesem Niveau, das im Gesetz steht, mit den 15 Kindern oder den entsprechend anderen Kindern in Krippe oder Hort. Es können ja tatsächlich mehr sein oder auch in den Randzeiten deutlich mehr. Wir haben das, ich habe das unterstützt und wir haben das auch unterstützt als Organisation. Natürlich sehen wir das, was eben schon als Dilemma hier vorgetragen wurde auch. Wir haben die Fachkräfte im Moment nicht. Das ist aber auch ein Dilemma, wo ich ganz klar sagen muss, darauf haben wir die letzten Jahre hingewiesen, und man hätte auch schon seit die Initiative läuft, da

gegensteuern können. Das ist ja jetzt auch schon mehr als zwölf Monate. In dem Zeitraum hätte man auch noch mal anfangen können, die Ausbildungsplatzkapazitäten auszubauen und zu erhöhen, damit mehr Ausbildung stattfindet, damit mehr Erzieherinnen und pädagogische Fachkräfte ausgebildet werden können. Und wir hätten auch noch mal die Debatte intensivieren müssen oder neu aufnehmen müssen, wie muss sich denn die Ausbildung hier im Land auch ändern? Und auch dann bundesweit? Wir haben bundesweit dazu Vorschläge gemacht. Da ist die Debatte aber meines Erachtens eher ein bisschen zurückhaltender und im Stocken, ins Stocken geraten, weil sich die Bundesländer da die Bildungshoheit auch nicht aus der Hand nehmen lassen. Aber gemeinsam hätte da eine Diskussion forciert verfolgt werden müssen. Wir hätten über die Frage auch der Kosten von Schülerinnen und Schülern in privaten, also privat organisierten Schulen reden müssen. Da gibt es ja immer noch Kosten, die sie zu tragen haben, sei es Abschluss, also eine monatliche Unterrichtsgebühr oder selbst für Abschlüsse muss meines Erachtens da noch noch mal eine Gebühr bezahlt werden. In Gesundheitsberufen entfällt die jetzt mittlerweile. Aber auch hier ist ja immer noch etwas, was man machen kann, was vermutlich auch einen Effekt haben wird. Und, einen letzten Punkt noch mal oder zwei letzte Punkte: Den Stufenplan finde ich völlig richtig. Ich habe die Initiative auch deswegen unterschrieben, weil ich gedacht habe, du hast vor, wahrscheinlich ist es mittlerweile zehn oder zwölf Jahre her, selber einen Stufenplan vorgeschlagen. Wenn der Landtag damals diesen Stufenplan, also hier im Landtag, in meiner Funktion als Gewerkschafter, wenn der Landtag damals diesen Stufenplan beschlossen hätte, sähe der wahrscheinlich ungefähr so aus wie das, was die Volksinitiative jetzt gefordert hat. Dann wäre man ein Stück weiter. Man hätte damals schon auch auf die Ausbildung gehen können. Also die Punkte sind seit Jahren genannt worden. Die Ausbildung hat sich seither natürlich geändert, aber ist nicht wesentlich ausgebaut worden. Und der Druck muss einfach weiter rein. Deswegen finde ich die Initiative sehr gut. Deswegen haben wir das auch mit der Sammlung unterstützt. Was wir daneben gemacht haben, dass haben Sie sicherlich die letzten Wochen und Monate auch gesehen, wir haben donnerstags einmal im Monat hier zu einer kleinen Mahnwache vor dem Landtag eingeladen. Da kamen Kolleginnen und Kollegen von uns. Wir haben das in dieser Woche oder in diesem Monat entschieden, dass wir das erst mal zurückfahren, weil wir keine Trecker dabei haben. Wir haben kurz überlegt, ob wir mit Kindern kommen

und die Bobbycars rausholen, dann wäre der Verkehr wahrscheinlich noch langsamer. Aber es geht natürlich nicht darum, Kinder zu instrumentalisieren. Das müssen die Kolleginnen und Kollegen selber machen. Aufgrund der Situationen, die wir jetzt gerade mit anderen Protesten haben, stehen jetzt gerade keine Kolleginnen und Kollegen draußen. Die sind aber mit dem Herzen gerade in dieser Anhörung, und die sind mit dem Herzen auch dabei, dass sich etwas ändern muss. Und es geht darum, noch mal einen besseren Betreuungs- und Personalschlüssel zu generieren und dadurch mehr Zeit für die Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen. Dafür müssen wir über die Ausbildung reden. Die muss hochgefahren werden, die muss sich verbessern, und auch dazu haben wir Vorschläge gemacht.

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank an die Sachverständigen! Wir treten jetzt unmittelbar in die Fragestunde ein. Ich habe schon einige Wortmeldungen. Wir werden wieder Opposition/Regierungsfraktion dementsprechend machen. Frau Wegner war die erste, die sich gemeldet hat und sie hat dann auch gleich das Wort. Bitteschön.

Abg. **Jutta Wegner**: Vielen Dank! Das überrascht mich jetzt ein bisschen. Ich versuche es trotzdem, zu sortieren. Wir alle wissen, und es ist ja zum Teil auch angesprochen, um die Probleme, warum es schwierig ist – Finanzierung, fehlende Erzieherinnen, Ausbildung, Raumkapazitäten. Wir hören, den Vorwurf habe ich ja in der letzten Landtagssitzung auch bekommen, dass Kinder sich doch wohl fühlen in der Kita. Man könnte eigentlich meinen, es ist doch alles irgendwie gut. Es sind genug Plätze da, wir haben glückliche Kinder, Eltern glauben ihre Kinder in guten Händen in der Kita und die sind auch in guten Händen in der Kita, dank der, der wirklich tollen und aufopferungsvollen Arbeit der Erzieherinnen. Aber ich fand es sehr eindrücklich, was Frau Thiele noch mal gesagt hat, wie sie das auch geschildert hat, was eigentlich dieser schlechte Betreuungsschlüssel, und Sie haben es alle bestätigt, Sie wissen darum, mit dem, was wir wollen an Erziehung, den Anspruch, den wir eigentlich haben, macht. Ich habe deshalb an Sie, Frau Gelke, eine Frage. Sie haben das ja auch gesagt, Sie haben gesagt, aber es geht halt nicht so ohne Weiteres. Und ich würde von Ihnen gerne wissen, was denn für Sie eine zeitliche Perspektive wäre, in welchen Schritten man die Situation verändern könnte. Sie haben von fehlenden Fachkräften, 4.000 bis 5.000, Herr Békési, Sie haben es auf 6.000 noch mal erhöht, gesprochen.

Die Frage an Sie alle, insbesondere aber an die, die das dann auch bezahlen müssen: Welche Varianten oder was sind denn eigentlich die Ideen, wie man das finanzieren kann? Herr Wille, Sie haben darauf hingewiesen, dass Sie in der letzten Zeit für Hilfe, also in den letzten Jahren, aufwachsend für Hilfe zur Erziehung 20 Millionen Euro Jahr für Jahr auszugeben haben, mehr auszugeben haben, als vorher. Sie haben auch erkannt, dass das ja genau das Problem ist, dass die Situation in den Familien, aber auch in den Kitas nicht dazu angetan ist, den Erziehungsauftrag, den wir uns wünschen, zu erfüllen. Was ist denn... Was sind denn Ihre Vorschläge? Sie haben das Problem skizziert, Sie haben es gesagt. Aber was mir gefehlt hat in Ihrem Vortrag, war die Perspektive. Ich weiß um die kommunalen Haushalte. Ich weiß, dass man natürlich, wenn man die 20 Millionen jetzt im Moment ausgeben muss, nicht Geld hat, um das zukünftig zu machen. Aber wenn man dieses Geld nicht in die Hand nimmt, wird es sich zukünftig nicht ändern an der Stelle. Und damit würde ich die Fragen jetzt vielleicht erst mal beenden.

Vors. **Andreas Butzki**: Also wir hatten ja mal vereinbart, dass wir möglichst nur eine Frage stellen. Das waren jetzt schon drei Fragen, aber wir werden das nacheinander abarbeiten. Aber die Bitte ist jetzt erst mal, auch als Abgeordneter, damit möglichst alle die Chance haben, Ihre Fragen stellen zu können. Also die erste Frage war an Frau Dr. Gelke gerichtet und danach waren die Fragen für alle anderen offen.

Dr. Judith Gelke: Ja, vielen Dank Frau Wegner, für Ihre Frage! Ich weiß nicht, inwiefern ich das jetzt wirklich seriös abschätzen kann. Das hängt natürlich viel an Ausbildungsgeschwindigkeit und auch Verbleib. Das Bildungs- und das Sozialministerium bringen derzeit gemeinsam eine Verbleibstudie auf den Weg, die genau dieser Frage nachgehen soll – wo bleiben eigentlich unsere ausgebildeten Erzieher und auch sozialpädagogischen Kräfte ab im System? Und diejenigen, die wir verlieren, wohin gehen die eigentlich und was hält sie davon ab, bei uns zu bleiben? Wirklich aus dem reinen Bauchgefühl eine Schätzung, die vielleicht ein bisschen dadurch informiert ist, dass ich die Verhandlungen zum Landesrahmenvertrag jetzt mit begleiten durfte, ich würde sagen 10 bis 15 Jahre. Und ich finde das wahnsinnig ernüchternd unter der Prämisse, dass wir alle das Geld haben und die Menschen. Deshalb sage ich, in Abhängigkeit der Ausbildungsgeschwindigkeit. Und das ist

wahnsinnig frustrierend. Also ich sage das auch nicht mit Freude, weil ich dann denke, solange können wir uns irgendwie die Kosten vom Hals schaffen, gar nicht. Aber ich glaube, das wäre vielleicht ein Richtwert, der irgendwie ansatzweise realistisch ist.

Vors. **Andreas Butzki**: Die Fragen danach waren an alle Anzuhörenden. Wer möchte antworten? Herr Wille, bitte.

Dietger Wille: Ja, also erst mal muss ich natürlich sagen, als Landkreis setzen wir in erster Linie natürlich Gesetze um. Das heißt, die gestalterische Kraft, was das angeht, ist für uns begrenzt. Das heißt also, wenn ich die Hilfen zur Erziehung nehme, da gibt es einen gesetzlichen Anspruch auf Hilfeleistung, da haben wir auch eine gewisse Fürsorgepflicht, wenn wir sehen, da sind Verhältnisse irgendwie prekär, da müssen wir reagieren. Das heißt also, von uns aus können wir jetzt nicht sagen, wir wenden dafür weniger auf. Eine denkbare Variante wäre, das müsste man aber gesetzlich regeln, ich glaube aber nicht, dass es keiner regeln will, sage ich ganz ehrlich, dass man sagt, man schraubt dort den gesetzlichen Anspruch zurück und setzt diese Finanzmittel ein für diesen anderen Bereich. Das wäre aus meiner Sicht eine Prioritätensetzung, die langfristig richtig, aber kurzfristig natürlich sehr schmerzhaft wäre und so politische Verwerfungen mit sich bringen würde, dass, glaube ich, keiner das, diese Entscheidung treffen will, aber das wäre natürlich ein denkbarer Weg. Dann ist.. Um in so einem System reinzukommen, muss natürlich erst mal irgendwo her mehr Geld kommen, und das ist eben meine Aussage, als Landkreis haben wir das nicht. Weil, wir sind aus zwei Quellen finanziert. Das eine sind Zuweisungen des Landes und das andere sind eben die Umlagen von den Gemeinden. Und wir als Landkreis haben die höchste Kreisumlage im gesamten Bundesland mit derzeit 48,5 Prozent beschlossen. Da ist kein Spielraum. Und ich bin mir ziemlich sicher, dass alle unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sagen würden, das ist ein sinnvolles Ziel. Ich glaube aber, in dem Moment, wo wir sagen würden, okay, wir heben die Kreisumlage um fünf Hebesatzpunkte an, das macht 10 Millionen Euro im Jahr, da können wir ein bisschen was tun von – ich glaube, dann ist die breite Zustimmung dann aber auch schon wieder perdu. Also insofern bedarf es hier gesamtgesellschaftlicher Prioritäten und Rahmensetzungen mit einer langfristigen Perspektive. Also es spielen ja, wie gesagt... Also ich weise noch mal darauf hin, wir müssen auch die Menschen dafür

haben. Und ich bin sehr dafür, auch die Ausbildungsbedingungen, wir machen das auch sehr intensiv, dass wir versuchen, dort etwas zu schaffen. Aber wie gesagt, es nützt ja nichts, wenn man den Ausbildungsgang hat, sondern dann muss am Ende auch derjenige da sein, der die Ausbildung machen will. Und das heißt also, wir müssen versuchen, über Wanderungsbewegungen in der Bundesrepublik vielleicht das auch so attraktiv zu machen, dass wir auch Leute aus anderen Bundesländern gewinnen können. Wir sind an der deutsch-polnischen Grenze. Man könnte auch aus Polen Erzieher versuchen, zu uns zu holen. Das versuchen wir auch derzeit schon. Da kann ich nur sagen, das ist wahnsinnig schwierig, die Anerkennung der Abschlüsse hinzubekommen. Auch da wäre... Es gibt einen breiten Strauß, den man machen kann. Es gibt da keine einfache Lösung. Und weil Sie ja mich speziell angesprochen haben, da sind wir als Landkreis sicherlich jemand, der Ideen hat, aber wir sind nicht in der, ich sage mal, haben nicht die Umsetzungsmacht, weil wir nicht die Regeln dafür machen.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Békési.

Lars Békési: Ja, vielen Dank! Drei Aspekte dazu. Also, jetzt wird ganz viel über die Finanzen diskutiert. Ich mag jetzt noch mal kurz erinnern – 2014 war Ihre jetzige Ministerpräsidentin Bundesministerin für Familie, Jugend dort tätig und hat dieselben Erkenntnisse, die wir jetzt haben, auch schon genannt. Auch das nur mal rückblickend. Also seit einem Jahrzehnt, leider seit zwei Jahrzehnten ist das Thema. Jetzt konkret: Wie kann man Lösungen schaffen? Herr Wille hat einen Aspekt angesprochen. Ich werde ihn konkretisieren. Sie müssen mit den IHK's vor Ort Gemeinschaft, einen Business Immigration Service aufbauen. Sie müssen über den Tellerrand schauen. Die Wanderbewegungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland funktionieren nicht. Ich kann ich Ihnen auch sagen, warum. Ich bin deutschlandweit unterwegs. Wir haben deutschlandweit Einrichtungen und ich kenne sehr genau die unterschiedlichen Situationen. Anders ausgedrückt: Berlin wirbt von Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern ab, München wirbt dann im süddeutschen Raum ab. Also wir sollten nicht untereinander die Leute abwerben, sondern wir müssen über den Tellerrand schauen. Auch der ist begrenzt. Aber Sie müssen europaweit denken und sogar vielleicht sogar weltweit. Das einfach mal sacken lassen. Und das können Sie vor Ort nicht alleine,

das ist der eine Aspekt, sondern das wäre der Business Immigration Service, den kann ich nur ans Herz legen. Schauen Sie gerne als Landesregierung zu dem Land Berlin. Die haben ein solches Ding integriert und es funktioniert. Es nimmt Ihnen nämlich viel Arbeit ab und vor allem Verwaltungsarbeit und Anerkennungsverfahren. Das geht sehr schnell. Wir haben mittlerweile die Mitarbeiter dann in 40 Tagen bei uns vor Ort, in den Einrichtungen. Die kommen zum Beispiel auch aus Chile oder Vietnam. Nur mal das als eine Idee, die wäre die erste. Die zweite Idee ist, wenn Sie ausbilden und weiter ausbilden, dann müssen Sie gucken, vielleicht müssen Sie andere Wege gehen, müssen Sie vielleicht noch mehr freie Träger ansprechen und gucken, ob sie bleiben. Das ist ein Aspekt. Und der nächste Punkt und das ist wirklich ein ganz dickes Brett, das werden Sie alleine nicht schaffen, ist die Frage der Finanzierung. Wollen Sie wirklich weiter dieses Finanzierungssystem für die frühkindliche Bildung, so wie es ist, jetzt haben oder wollen Sie es vielleicht verändern? Weil, es ist ja immer so, dass der Träger vor Ort zum Schluss der Bittsteller beim Bürgermeister ist, wenn die Kostensteigerungen da sind und er kann es tatsächlich nicht leisten. Und so geht das Richtung Land weiter. Das ist der Punkt. Deswegen nochmals: Das Kitaqualitätsentwicklungsgesetz, damit Sie es auch alle wirklich ganz oft gehört haben, das ist eine Möglichkeit, eine Chance. Nutzen Sie die und drängeln Sie dort auf Bundesebene ganz viel, damit das tatsächlich erfolgreich ist und damit Sie dafür Gelder bekommen. Letzter Punkt: Was vielleicht Sie auch wissen sollten, was die Mitarbeiter angeht, wir haben Krankenstände von 30 Tagen im Durchschnitt, dieses 2023. 30 Tage waren die Menschen nicht da, weil sie krank sind, weil sie ausgebrannt sind und das müssen Sie auch betrachten. Also Sie müssen die Rahmenbedingungen tatsächlich verändern und das können sie nur, und dann schließt sich der Kreis, dann habe ich mich genug wiederholt, Sie müssen Mitarbeiter auch aus anderen Bereichen gewinnen und zu sich locken. Danke!

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Pfeifer.

Abg. **Mandy Pfeifer**: Ja, vielen Dank fürs Wort, Herr Vorsitzender! Und erst mal ganz herzlichen Dank an den Vertreter der Volksinitiative für diesen Schritt! Mehr Qualität in Kitas ist auch etwas, was die SPD-Fraktion bewegt, ganz wirklich! Wir sind bloß an der Seite der Ausführungen, die wir hier schon gehört haben. Wir müssen das schrittweise

machen und das geht nicht mit Hau Ruck. Deswegen finde ich es aber trotzdem wichtig, dass wir Sie Initiative setzen, einfach auch, damit wir uns einmal darüber unterhalten. Herr Vorsitzender, ich habe eigentlich vier Fragen. Ich habe jetzt gehört, wir dürfen nur eine stellen. Ich würde um Verständnis dafür bitten, dass ich jetzt zwei kleine Fragen stelle, um noch einmal zu klären, was wir hier gehört haben und mich dann wieder an das Ende der Rednerliste sortieren würde, um noch mal Fragen in die Zukunftsperspektive an die andere Seite des Saales stellen zu dürfen. Ich würde gerne einmal Herrn Wille darum bitten, auszuführen, welche Standarderhöhungen er meint, die nach Einführung des neuen KiföG-Finanzierungssystems etabliert wurden und die jetzt für Herausforderungen finanzieller als auch personeller Art bei den Kommunen sorgen? Und ich würde gern Frau Dr. Gelke bitten, einmal abzuschätzen, welcher Personalbedarf zu dem, was jetzt die Volksinitiative fordert, darüber hinaus auch noch entsteht, wenn wir jetzt über den Landesrahmenvertrag sprechen und die Standards, die da erhöht werden wollen? Ich weiß, Herr Békési, Sie wollen diese Schlüssel und Fachkraft-Kind-Relation nicht, aber am Ende definiert ja der Personalschlüssel die Eins in der Fachkraft-Kind-Relation und auch da werden wir Personalbedarfe sehen, die wir auch noch mal mitrechnen müssen. Vielen Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Wille.

Dietger Wille: Ja, vielen Dank für die Frage. Also man muss sich die finanzielle Situation der kommunalen Ebene vielleicht mal die letzten 15 Jahre angucken. Und wir haben in den Jahren, ich sag mal, 2014 bis ungefähr 2019,2020 natürlich Kostenaufwüchse gehabt. Das war aber, ich sag mal, ein stetiger moderater Kostenaufwuchs und die Einnahmedynamik der kommunalen Ebene war gleichzeitig größer, sodass aus diesen Sachen, gepaart mit den Initiativen der Landesregierung oder des Landes zur Verbesserung des Finanzausgleichs, die Finanzsituation, die sehr katastrophale, deutliche Verbesserung erhalten hat. Wenn Sie die Finanzsituation ab 2020 spätestens anschauen, haben wir eine Explosion der Auszahlungen, ohne dass die Einzahlungsebene mitgezogen ist. Und nun ist die Frage, und darauf bezog sich meine Aussage zu den Standards: Was ist das gewesen, worin liegt die Ursache? Da sind... Also es gibt in diesen komplexen, vielfältigen Sachen nie eine Ursache. Es gibt aber welche, die herausragen. Also einmal ist es so, dass mit der Einführung des

KiföG nicht nur die Regeln neu gemacht wurden, sondern es war auch das Versprechen damit verbunden, alle Erzieher, was ich für sinnvoll halte, auch nach Tarif zum Beispiel zu bezahlen. Und gerade bei uns im Landkreis gab es in der strukturschwachen Region Uecker-Randow extrem viele Kitas, die deutlich unter Tarif bezahlt haben. Und alleine das macht ja keine bessere Erziehung für sich oder keine bessere Betreuung, aber das ist für uns als Landkreis natürlich ein Standard, der auch anders ist. Dann gibt es die Tendenz, dass die Leute nicht mehr so lange arbeiten wollen. Das wird auch begünstigt durch verschiedenste, also das ist jetzt nicht, wo man sagt, den einen Standard, sondern da kommen dann viele Sachen zusammen. Dann haben wir gleichzeitig andere Gesetze bekommen, die ganz neue Ansprüche eröffnen, so zum Beispiel das Bundes- und Teilhabegesetz. Und dann gab es eine ganze Reihe von anderen Gesetzen auch, die dazu geführt haben auch, dass wir in diesem Bereich, der, ich sag mal, sozialen Berufe, ich fasse das mal etwas weiter, als nur den Erzieher, dass wir dort untereinander eine Konkurrenz bekommen haben, was dazu geführt hat, dass wir dort einen Arbeitnehmermarkt haben, wenn ich das mal so betrachte. Das ist für die Beschäftigten gut, die können sich den Job aussuchen, den sie gerne mögen, wo sie für sich die besten Bedingungen haben, wo sie nicht so weit zur Arbeit fahren müssen, wo sie inzwischen auch deutlich besser als in der Vergangenheit verdienen. Das führt aber im Gesamtsystem natürlich zu deutlichen Kostenaufwüchsen, denn die ganzen Entgeltverhandlungen, die wir mit allen Trägern im Sozial- oder Jugendbereich führen, also da zielen ja auch die Einrichtungen für Behinderte und... also dieser ganze große Kontext mit dazu. Da laufen uns die Kosten einfach weg, die explodieren. Und das sind Standards, die wir ja alle mitfinanzieren müssen. Und da zählen eben Einzahlungen des Landes aus Schlüsselzuweisungen nicht mit. Das will ich dem Land auch gar nicht vorwerfen, weil da muss das Land ja auch irgendwo herkommen. Nur wir können als kommunale Ebene bei diesen anderen Standards, die ich gesagt habe, haben wir auch nicht die Möglichkeit, zu sagen, ich mache das jetzt anders. Und das macht für uns diese finanzielle Not, warum ich sage: Achtung, Achtung! Passt bitte auf bei allem, was ihr tut, es darf nicht im Moment noch weitere Standarderhöhungen geben, weil wir sind da schon am Limit.

Vors. **Andreas Butzki**: Möchte noch einer auf die Fragen antworten? Das ist nicht der Fall. Dann hat Herr Schult das Wort.

Abg. **Enrico Schult**: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender! Auch von meiner Seite, Respekt für die...

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Pfeifer?

Abg. **Mandy Pfeifer**: Es gab ja die zweite Frage an Frau Dr. Gelke, das war noch...

Vors. **Andreas Butzki**: Ach so, dann machen wir die noch einmal und dann Herr Schult. Entschuldigung!

Dr. Judith Gelke: Noch ganz kurz. Zum Landesrahmenvertrag hatten sie ja gefragt. Also auf diesem Weg, der uns ja jetzt hier sozusagen aufgezeigt ist, wäre der Landesrahmenvertrag, so wie ihn in allen Jugendhilfeausschüssen, Kreistagen, Stadtvertretungen dann durchkriegen und auch auf der Seite der Leistungserbringer dem alle beitreten, 5 bis 10 Prozent dieses benötigten Personalaufwuchses, allerdings ungleich verteilt, weil wir einige Gebietskörperschaften haben, die sozusagen sich schon an diesem Niveau des Landesrahmenvertrages bewegen oder nahe dran sind oder in einem Fall auch schon drüber liegen und andere, die da noch eine größere Strecke zurückzulegen haben. Insofern wäre das etwa die Größenordnung, aber ungleich übers Land verteilt.

Vors. **Andreas Butzki**: So, Herr Schult, jetzt sind Sie dran.

Abg. **Enrico Schult**: Vielen Dank jetzt noch mal. Von meiner Seite auch Respekt für die Vertreter der Volksinitiative, dass Sie 15.000 Unterschriften zusammen bekommen haben! Das ist in der Tat nicht einfach, diese, so viele Eltern, wahrscheinlich wurden die in den Kitas ausgelegt, Herr Rust, und haben sozusagen dort diese Unterschriften zusammengesammelt. Da werde ich Sie nachher aber noch mal gezielt noch danach fragen. Ich habe eine Frage an Herrn Wille. Frau Thiele sprach es auch ganz deutlich an. Es ist ja so, dass durch das Gute-KiTa-Gesetz 2020 die Beitragsfreiheit in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt wurde. Im Gute-KiTa-Gesetz waren elf Handlungsfelder niedergeschrieben, unter anderem ein guter Betreuungsschlüssel, qualifizierte Fachkräfte, starke Kita-Leitungen. Das wären alles Handlungsfelder

gewesen, die man hätte finanzieren können über dieses Gute-KiTa-Gesetz. 106 Millionen Euro sind damals geflossen. Mecklenburg-Vorpommern hat alles auf eine Karte gesetzt und ausschließlich die Beitragsfreiheit damit finanziert. In der Tat, es macht sich wahrscheinlich auch besser für Werbezwecke oder Wahlkampfzwecke. Aber jetzt stehen wir natürlich vor diesem Dilemma, dass wir jetzt diese falsche Entscheidung, diese falsche Prioritätensetzung von damals jetzt sozusagen beheben müssen. Meine Fraktion ist auch ganz klar dafür, den Betreuungsschlüssel zu verbessern. Das liegt auf der Hand. Die Frage ist, inwieweit das möglich ist und inwieweit das zeitnah möglich ist. Herr Wille hat es ja angesprochen, was das auch für eine Belastung zum einen für den Landeshaushalt darstellen würde, zum zweiten aber auch für die Kommunen. Und daran schließen sich jetzt zwei Fragen an, Herr Wille, an Sie. Zum einen, was würde das konkret für Ihren Zuständigkeitsbereich an Mehrkosten verursachen, wenn diese Volksinitiative, dieser Betreuungsschlüssel so eins zu eins umgesetzt würde? Und ein zweiter Punkt ist ebenfalls, wir haben ja jetzt 5.000 bis 6.000 zusätzliche Fachkräfte wären nötig, um diese Volksinitiative oder die Forderung der Volksinitiative umzusetzen. Nun gibt es ja bei uns das strenge Fachkräftegebot gerade in diesem Bereich. Auf anderen Themenfeldern, wenn ich beispielsweise bei den Lehrern mir das anschauere, öffnet man ja den Lehrerberuf mittlerweile auch für Seiteneinsteiger. Da reicht es aus, eine abgeschlossene Berufsausbildung zu haben und drei Jahre Berufserfahrung. Sehen Sie da auch die Möglichkeit, das Fachkräftegebot aufzuweichen, um dann perspektivisch überhaupt die Erzieher sozusagen zu gewinnen? Weil, es wurde ja deutlich genannt, jetzt ist ja realistisch gar nicht umsetzbar, diese große Anzahl von Erziehern sozusagen zu gewinnen in kürzester Zeit. Vielleicht eine kurze Einschätzung Ihrerseits. Ist es möglich, das Fachkräftegebot aufzuweichen, um wirklich diese große Anzahl an Erziehern sozusagen zu gewinnen und dann auch die Betreuungsqualität in den Kitas zu verbessern? Vielen Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Wille, Sie haben das Wort.

Dietger Wille: Also erst mal war ja die Frage, was würde das mehr kosten? Das kann ich natürlich nicht beantworten, weil eben, das habe ich noch nicht ausgerechnet. Es wäre aber schon eine sehr enorme Summe. Also wenn man das mal runterrechnet,

wenn wir von 6.000 Erziehern sprechen, dann sind das runtergebrochen auf den Landkreis irgendwas bei 800 bis 900 Erzieher. Ein Erzieher kostet über den Daumen 60.000 Euro im Jahr. Dann sind wir irgendwo, bei schätze ich mal, bei 45, 40 Millionen oder so. Aber das ist jetzt eine ganz grobe, aus der Hand gegriffene Schätzung und das würde sich dann teilen. Im Prinzip würden die Kosten aber im Moment gar nicht anfallen, weil objektiv die Menschen eben gar nicht da sind, also weder ausgebildet noch weiter.

So, die andere Frage war, halte ich das für möglich, aus anderen Branchen Leute dort hinzuzuziehen? Da muss ich dazu sagen, ich bin jetzt nicht der Sozialexperte, ich bin eher der Finanzier. Grundsätzlich glaube ich, dass es in der Kita nicht darum geht, wie zum Beispiel auf einem Kartoffelacker Steine zu sammeln. Insofern glaube ich, muss man da schon ein bisschen was für können, und dass sozusagen gewisse Voraussetzungen auch da sein müssen, die ich jetzt aber nicht greifen kann. Also grundsätzlich klar, warum soll das nicht gehen, dass man auch durch weniger qualifizierte Kräfte dort unterstützt wird, also bei der Betreuung von Kindern. Manchmal ist es ja sinnvoll, wenn auch die Führungskräfte eine gute Ausbildung haben, die anderen das dann machen, was die Führungskraft sagt, kann sinnvoll sein. Also ich glaube, da geht es eher darum, wie man das inhaltlich ausgestaltet. Ich denke, was auch wichtig wäre bei dem, was ich vorhin angesprochen hatte, dass man eben dort, wo Probleme man erkennt, und das hatte, glaube ich, auch Frau Thiele angesprochen, da gibt es einzelne Kinder, das sind nicht alle, die brauchen besondere Aufmerksamkeit. Und ich glaube, da ist es besonders wichtig, dass man das sicherstellt. Und dann gibt es eben andere Kinder, ich sage mal so, da ist es vielleicht auch ausreichend in der Prioritätensetzung zu sagen, die werden beschäftigt oder so. Aber wie gesagt, ich bin da nicht der Experte. Da fragen Sie lieber die anderen Leute, die das gelernt haben.

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Dr. Gelke.

Dr. Judith Gelke: Ich würde das kurz ergänzen. Wenn Sie ins KiföG blicken, werden Sie feststellen, wir haben schon einen ziemlich weiten Fachkräftecatalog in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben eine Vielzahl von Berufsgruppen, die wir hier

als Fachkräfte mit anerkennen. Auch jetzt Bestandteil der vierten KiföG-Änderungsnovelle ist eine nochmalige Erweiterung dieses Fachkräftecataloges in Bereiche, wo die örtlichen Träger der Jugendhilfe jetzt oft schon gefragt haben, wo ist denn da noch überhaupt ein pädagogischer Anteil zu finden oder gar ein kindheitspädagogischer, mit dem man rechtfertigen könnte, dass Menschen in einem derart kinderschutzsensiblen Bereich dann als Fachkraft voll anerkannt, eigenständig in einer Gruppe oder mit einer Anzahl von Kindern dann auch tätig sein dürfen? Das ist also durchaus ja auch ein sensibler Bereich. Insofern glaube ich persönlich, wenn dann die vierte Novelle auch so beschlossen wird, wie sie jetzt hier in den Landtag eingebracht wurde, sind wir wirklich absolut ausgereizt an dieser Stelle! Mir fehlt wirklich die Fantasie, dann sind wir so weit, dass wir sagen, irgendwer vom Bau oder der Tischler oder die Friseurin, die können dann auch als Fachkräfte in die Kitas gehen. Ich glaube, da hat das Land tatsächlich schon alles getan, was man tun kann.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Taprogge.

Daniel Taprogge: Ja, vielen Dank! Frau Dr. Gelke hat das jetzt auch gerade mal sehr eindrucksvoll gesagt. Wir haben eine sehr breite Öffnung, wo ich mir auch tatsächlich diese Fragen sehr oft stelle, wie, wo soll das denn noch enden und wo soll das landen, wenn ich mir dann strukturell das auch noch mal ansehe? Wir öffnen, oder es gibt die Öffnungen im KiföG beim Fachkräftecatalog in andere Berufe, die auch Mangelberufe sind, also Kinderkrankenschwestern, Krankenpflegepersonen, Pflegefachpersonen, Physiotherapeutin, Physiotherapeuten, die mit einer, mit einem schnellen Kurs dann auch in den Kitas arbeiten dürfen, unter Umständen, wo wir tatsächlich dann auch Fachkräfte aus anderen Bereichen abziehen. Und das funktioniert nicht mehr. Also noch mal: Es muss die Ausbildung stetig verbessert, also ausgebaut werden. Und dann muss man sich natürlich dann jetzt auch noch mal bundesweit über die Frage unterhalten, wie lange dauert die Ausbildung, wie wird sie finanziert, wie bekommen auch die Schülerinnen und Schüler, Auszubildenden dann eine Ausbildungsvergütung. Das sind die Themen, über die man reden muss. Und ich bin trotzdem der festen Überzeugung, mit einem Stufenplan wird man dann auch an einem bestimmten, in einem bestimmten Jahr die Forderungen, die hier auf dem Tisch liegen, auch erreichen. Und vielleicht noch mal ein Wort zu der Frage der Elternentlastung: Wir

haben da ja auch damals lange diskutiert und wir haben da auch als Gewerkschaft noch mal eine klare Position gebracht – die Elternentlastung ist ein richtiger Schritt gewesen, die Elternbeitragsfreiheit. Das entlastet gerade Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer finanziell. Wenn ich mir ansehe, wir haben gerade noch eine offene Tarifrunde im Handel, wo die Löhne nicht weit weg sind von dem neuen Mindestlohn. Wenn ich mir da die Löhne anschau und dann überlege, die Beschäftigten sollen noch eine Kitagebühr zahlen dafür, dass sie ihre Kinder in die Betreuung bringen und sie für einen Appel und ein Ei – Entschuldigung für diesen Vergleich, aber das ist letztlich so, arbeiten sollen, Regale einräumen sollen, damit ist eine richtige Entlastung geschaffen worden. Das Problem ist, und das muss man immer wieder sagen, der zweite Schritt ist nicht gemacht worden. Der Ausbau der Qualität ist vernachlässigt worden in diesem Zug. Das hätte parallel passieren müssen.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Renz möchte ganz konkret dazu eine Frage stellen.

Abg. **Torsten Renz**: Auf die Frage von Herrn Schult, die Fachkraftdefinition anzugehen, haben wir jetzt Statements gehört. Könnten Sie vielleicht Ihr Statement, oder auch andere, erweitern, im Zusammenhang mehr Arbeitskräfte, so will ich das mal formulieren, in die Kita hineinzubekommen, ob die Definition nachher Alltagshelfer, Assistenzkräfte, Betreuungskräfte, was auch immer ist, um mehr Leute in die Arbeit, in die Kita zu bekommen? Wie sehen Sie die Position im Zusammenhang mit reiner Fachkräftedefinition „zusätzliche Arbeitskraft“?

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank! Herr Békési hatte sich gemeldet und dann vielleicht die anderen noch mal danach.

Lars Békési: Vielen Dank! Ergänzend, Frau Dr. Gelke, was Sie gesagt haben, der Katalog ist sehr lang, der ist wirklich lang geworden und Sie gehen auch in den Run mit den anderen Bundesländern – die Kataloge wurden dort auch immer länger. Die Fragen sind berechtigt. Deswegen ist ein Aspekt, für die bestehenden Fachkräftefort- und -weiterbildungen im System aufrecht zu erhalten und auszubauen. Das ist der eine Aspekt, um sie nicht zu verlieren und gleichzeitig die anderen, die dazugekommen sind, stetig fortzuentwickeln. Das ist ein Aspekt. Und dann die nächste Frage, ob die

sogenannten multiprofessionellen Teams, das ist ja das schöne Schlagwort, oder die Alltagshelfer, wie auch immer, in vielen anderen Bundesländern sind sie Alltag und sind mit dabei. Aber, und jetzt kommt das aber, ist damit die Bildungsqualität nachhaltig verbessert worden? Jein. Natürlich nicht! Also der Aufwand, den wir betreiben jetzt als einzelne Träger, ist enorm viel Fort- und Weiterbildung, sie an die Hand zu nehmen und weiter zu qualifizieren. Das wäre ein kleiner Zwischenschritt. Aber ich sage es noch mal, Sie haben einen langen Katalog schon, mit ganz vielen Möglichkeiten – der Logopäde, die Logopädin, was auch immer dabei ist, da ist keine Luft mehr nach oben. Das ist ausgereizt. Da muss man ehrlich miteinander sein. Das wird so nicht funktionieren. Sie können gerne die Quereinsteiger oder Assistenzkräfte nur für Tätigkeiten, die nicht unmittelbar eine Fachkraft machen müsste, Unterstützungsleistungen, da kann man das machen, Küchensituation, also wo das vielleicht möglich ist, da könnte man sie reindenken. Aber das wird Ihr Problem letztlich nicht lösen. Das ist der eine Punkt. Dann hatte ich noch einen zweiten Punkt. Das war die Beitragsfreiheit – vergossene Milch, trotzdem sei es noch kurz erwähnt: Die Beitragsfreiheit mag vielleicht sinnvoll gewesen sein, aber sie ist aus dem falschen Topf finanziert worden. Bei frühkindlicher Bildung geht es um Bildungsqualität und das Geld, die 106 Millionen hätte man für Qualität ausgeben können und das Bundesteilhabegesetz oder Sonstiges, da hätte man das Geld für die Beitragsfreiheit gerne nehmen können. Nur das mal am Rande erwähnt.

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Thiele.

Madlen Thiele: Ja zur Frage von Herrn Renz. Ich sehe es als sehr gefährlich an, wenn wir, also wie Frau Dr. Gelke schon gut erläutert hatte, wir haben jetzt schon sehr viele Menschen in diesem Bereich, die diesen Beruf, die den grundständigen Beruf oder die ENZ-Ausbildung nicht genossen haben. Das fehlt uns am Ende in der Praxis am Kind. Sie sitzen nicht, wie nachher vielleicht in der Berufsschule vor 23 Schülerinnen und Schülern, die bereits schon eine Bildungsbiografie genossen haben, sondern sie sind da noch ganz am Anfang, bei den jüngsten unserer Gesellschaftsmitglieder. Und sie brauchen notwendiges Wissen. Wie lernen eigentlich 1-Jährige? Und was unterscheidet das Lernen eines 1-Jährigen zum Lernen eines 5-Jährigen? Und das können pädagogische Assistenzkräfte gar nicht wissen, weil das in den ersten zwei

Jahren Ausbildung gar nicht drankommt. Das ist da noch gar nicht von Relevanz, jedenfalls nicht zu sehr. Und, und das möchte ich auch bitte bedenken: Wenn Sie eine pädagogische Assistenzkraft in einer Kindertageseinrichtung haben, Sie sind also, ich bleibe bei meinem Beispiel, Sie sind Erzieherin, Erzieher, haben 15 Kinder, für die Sie Verantwortung tragen, und dann gibt es da noch die pädagogische Assistenzkraft, und für die tragen Sie aber auch Verantwortung. Die darf ja gar nicht alleine mit 15 Kindern agieren und bitte auch nicht im Nebenraum alleine mit sechs Kindern. Sie sind also auch noch als Erzieherin, als Erzieher für diese Assistenzkraft zuständig. Das heißt, es ist ein on top an Aufgabenbelastung, die ich sowieso schon habe. Von daher rate ich davon ab, dass wir uns jetzt sehr, sehr viele Assistenz- und Zusatzkräfte und Quereinsteiger und alles, was das irgendwie geht und vielleicht, wie vorhin auch erwähnt wurde, aus Polen Menschen zu uns holen. Das mag funktionieren, wenn sie denn der deutschen Muttersprache wirklich gut auch fähig sind. Ich weiß, das hört sich jetzt auch ein bisschen gemein an, aber letzten Endes lernen die Kinder dort erst sprechen. Das heißt, sie müssen doch auch jemanden vor sich haben, der die Sprache wirklich auch richtig gut beherrscht, weil wir haben doch die Sprachdefizite nachher im Grundschulbereich. Also ich möchte wirklich eindringlich davon abraten, dass wir uns jetzt alles irgendwie holen, wo es irgendwie hergeht, nur damit wir das gefüllt bekommen. Es muss wirklich bei der Fachkraft bleiben! Danke schön.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Rust.

Florian Rust: Ja, also ich kann mich da auch nur anschließen. Wir sind da gerade auch mit dem Landkreis in Platzkostenverhandlungen. Da durfte ich gestern auf die Zahl gucken. Wir haben eine Kita mit 190 Kindern und da haben wir über 90 Kinder mit besonderen Bedarfen, also mit diagnostizierten besonderen Bedarfen, über die normalen erzieherischen Tätigkeiten hinaus. Und die kriegen wir nicht mit pädagogischen Hilfskräften abgedeckt. Das ist ja quasi noch schwierigere Arbeit, noch intensivere Arbeit. Und wenn es darum gehen würde, nur die Einrichtungen voll zu kriegen, wir haben mehr Menschen da, dann das funktioniert vielleicht, aber wenn es uns um die Bildung gehen sollte, dann funktioniert das nicht.

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Rösler.

Abg. **Jeannine Rösler**: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender! Auch ich möchte mich namens meiner Fraktion bedanken für Ihr Engagement, was die Volksinitiative betrifft! Und ich kann es zumindest sagen, aus dem, aus meinen Erfahrungen, auch wenn ich Einrichtungen besuche, also verschiedene Träger von Kindertageseinrichtungen besuche, dass die Erzieherinnen und Erzieher dort eine unschätzbare wertvolle Arbeit leisten. Und ich habe mich auch davon überzeugen können, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da eigentlich überall mit großer Leidenschaft dabei sind und es, weiß Gott, auch keine reinen Aufbewahrungsanstalten sind. Das habe ich noch nicht, noch nirgends erleben können. Die Leute sind wirklich mit Leidenschaft dabei. Und vielleicht auch noch einmal auf den letzten Punkt, den Sie jetzt hier angesprochen hatten, Frau Thiele: Ich war in den Einrichtungen auch des CJD, Herr Wille kennt diese Einrichtungen auch bei uns im Landkreis, und diese Einrichtungen, insbesondere auch das CJD, das muss ich so sagen, bieten eine sehr, sehr gute Arbeitsatmosphäre und insbesondere auch für polnische Fachkräfte, die kommen gerne in diese Einrichtungen und ich erlebe dort auch, dass die sehr hoch qualifiziert sind. Die sind oft besser qualifiziert, als unsere Erzieherinnen und Erzieher, weil die dort einen akademischen Abschluss haben. Das ist eine unglaubliche Bereicherung in diesen Einrichtungen, was wiederum dazu führt, dass diese Arbeitsatmosphäre ausstrahlt und auch sich andere Leute, also Erzieherinnen und Erzieher oder Absolventen bei uns dafür interessieren, dort zu arbeiten. Das möchte ich gerne hier einwerfen. Ich will auch sagen, dass jeder Euro, der bei uns für die frühkindliche Bildung zusätzlich zur Verfügung steht, der geht in die Verbesserung der Qualität. Die Landesregierung verstärkt Ausbildungskapazitäten, auch Herr Wille ist darauf eingegangen, was bei uns im Landkreis passiert, die eben leider nicht voll ausgeschöpft werden. Das ist, daran müssen wir arbeiten, dass junge Leute sich mehr für diese Ausbildung dann auch interessieren, diese Ausbildung dann auch wahrnehmen. Wir haben diese Ausbildungskapazitäten und wir ermöglichen Entlastung und Beschäftigung von Personal, von mehr Personal in den Einrichtungen. Und auch das ist mein Eindruck, dass die Landesregierung sich sehr dafür einsetzt, dass das Kitaqualitätsgesetz bestmöglich dann auch umgesetzt wird. Also da versuchen wir alles, um natürlich an diese Mittel auch heranzukommen und diese Mittel hier bestmöglich einzusetzen. Ich will auch noch mal kurz auf Ihre Forderungen der Initiative aber zurückkommen, weil wir haben ja jetzt viele Aspekte schon diskutiert, die dann natürlich damit

zusammenhängen. Aber dennoch, deshalb auch die Frage von mir: Könnten bei den erheblichen zusätzlichen Personalbedarfen, die können ja nicht gedeckt werden, also akut. Das ist klar. Das ist uns allen ganz bewusst. Dafür gibt es viele Gründe, die hier heute schon genannt worden sind. Und so bestünde ja quasi ein Handlungsbedarf in Bezug auf Öffnungs- und Betreuungszeiten, auf das Vorhandensein von Kita-Plätzen und damit auch möglicherweise von Wartelisten, aber auch auf den sehr hohen Anteil der hochqualifizierten Fachkräfte bei uns im Land. Und deshalb die Frage an Sie, auch an die Vertreter der Gewerkschaft: Wie würden Sie vorgehen? Wäre es zumutbar, und das möchte ich deshalb auch nicht nur auf das Fachkräftegebot beziehen, sondern auch auf alle anderen Themen, wie Vorhandensein von Kita-Plätzen, Betreuungszeiten, auf solche Errungenschaften und auf solche Standards zu verzichten zugunsten des Betreuungsschlüssels? Das ist jetzt vielleicht eine gemeine Frage, aber das ist ja im Moment die Realität, wenn die Forderungen zeitnah umgesetzt werden sollen. Und eine zweite Frage vielleicht doch noch an Herrn Wille. Das haben wir, wir haben die finanziellen Konsequenzen diskutiert, wir haben die personellen Konsequenzen diskutiert, aber mich würde auch interessieren, welche räumlichen, also welche Investitionen wären nötig? Welche, wie sind die räumlichen Gegebenheiten? Sind die, bilden die das überhaupt ab, dass wir diese Forderungen auch entsprechend umsetzen könnten in absehbarer Zeit? Auch vielleicht eine Frage an Frau Gelke. Vielen Dank.

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Rösler, ich habe das jetzt noch einmal alles zugelassen, aber die Vereinbarung war eigentlich, dass wir Fragen stellen, kurze Eingangsbemerkungen machen. Sie haben das sehr ausführlich gemacht. Gut, jetzt die Frage erst einmal die Frage an Gewerkschaften und an die Volksinitiative. Wer möchte Herr Taprogge oder Herr Rust zuerst? Herr Taprogge.

Daniel Taprogge: Ja, mein erster Impuls war, zurück zu fragen, wären Sie denn bereit, für eine bessere Finanzierung der Kita, dann bei der Elternbeitragsfreiheit Zugeständnisse zu machen und das vielleicht zurückzufahren? Weil die Frage ist natürlich immer, dass eine gegen das andere auszuspielen. Wir haben, glaube ich, eine relativ lange Diskussion gehabt und auch ziemlich viele Zugeständnisse... also was heißt Zugeständnisse? Also, das auch im Gesetzgebungsverfahren zwar kritisiert,

aber auch die letzten Jahre in den Einrichtungen dann erlebt, dass das Fachkräfteangebot durch die Hinzunahme anderer Fachkräfte gelockert wurde und haben da auch Erfahrungen in den Einrichtungen. Und ich sehe das auch schon als einen entsprechenden Schritt in diese Richtung. Das muss man jetzt, glaube ich, noch mal evaluieren und auswerten. Aber ansonsten finde ich diese Frage nicht nur gemein, sondern es ist: Das eine gegen das andere ausspielen und deswegen könnte man das auch nur wieder zurückgeben. Klar ist, glaube ich, uns allen geworden und auch von der Volksinitiative am Anfang, es ist klar, dass gerade nicht genug Personal da ist, aber man wünscht sich, und das liegt schon lange auf dem Tisch, einen Stufenplan, der wahrscheinlich auch nicht in diesem Jahr noch beginnen kann, weil dafür sind die personellen Ressourcen nicht da. Aber ich habe den Eindruck, wenn ein Stufenplan, der über die nächsten Jahre hinaus, und zwar auch in allen Bereichen Krippe, Kindergarten und Hort, eine verlässliche Perspektive aufzeigt, dass sich dann sowohl das, was man immer als Stimmung wahrnimmt in den Einrichtungen, bei den Kolleginnen und Kollegen, deutlich verbessern wird. Das wird Auswirkungen haben. Und da kam ja auch eben der Punkt mit den 30 Krankentagen, mit der Frage, wie kriegen wir auch neue Fachkräfte aus anderen Bundesländern her? Das wird Auswirkungen darauf haben, dass sich der Berufsstand wieder in Richtung Attraktivität entwickelt, weil im Moment muss ich mir natürlich die Frage stellen, mache ich diese Ausbildung? Und viele, die die Ausbildungen in Erwägung ziehen, machen vorher Praktika, die sehen das, die sprechen auch mit vielen Fachkräften, und da ist natürlich dann die Abwägung, mache ich die Ausbildung und arbeite hinterher mit diesen Bedingungen? Setze ich aber als Landesregierung, setze ich als diejenigen, die das hier anbieten, die Veranstaltung, eine Perspektive mit einem klaren Stufenplan, wo aufgezeigt wird, es wird sich die nächsten 5,6,7 Jahre in diese Richtung verbessern und das ist verlässlich gesetzlich festgeschrieben und das ist auch nicht das Ende der Fahnenstange, dann bin ich der Ansicht, dann werden auch wieder mehr Schülerinnen und Schüler, junge Menschen diesen Ausbildungsgang antreten. Es geht um die Attraktivität des Berufsstandes und da ist Verlässlichkeit und Perspektive einer der Punkte. Ich glaube, ich habe im Rahmen der Einführung der praxisintegrierten Ausbildung gesagt, wir buhlen in dieser Ausbildung um Menschen, die sich überlegen, gehe ich jetzt noch weiter, erst einmal zum Abitur und werde dann vielleicht Lehrerin, Lehrer? Werde ich, gehe ich in die Gesundheitspflege oder gehe ich zur Polizei? Oder

werde ich Erzieherin, Erzieher? Das ist so ein bisschen dieser Kosmos, um den man sich dreht. Und da geht es eben am Ende des Tages immer darum, was ist für mich persönlich die höchste Attraktivität? Und wo lande ich dann? Und das kann man auf diesem Weg ausbauen.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Rust.

Florian Rust: Ja. Also da würde ich erst mal allem zustimmen, was eben gerade gesagt wurde. Und ich würde schon gerne, Frau Rösler, schon gerne zurückfragen, die Frage umdrehen, und wie sieht es denn bei Ihnen aus? Ich fahre jetzt nachher zurück nach Greifswald von der Arbeit. Die fragen alle, wie war es? Und dann sage ich: Frau Rösler, die setzt die Priorität bei der Bildungsqualität ganz ans Ende. Ist es so?

Vors. **Andreas Butzki**: Also wir werden jetzt kein Fragespiel machen. Das kann im Nachgang dann geklärt werden. Es ist ja eine Anhörung und die Frage wurde jetzt gestellt. Es wurde jetzt auch dementsprechend so geantwortet. Ich muss jetzt noch mal gucken. Wir haben jetzt noch eine gute halbe Stunde Zeit. Ich habe noch drei Abgeordnete, die Fragen gerne stellen möchten. Wenn wir die Zielorientierung 11:00 Uhr, wie wir das so angesagt haben, Frau Pfeifer ist bei den drei Abgeordneten dann auch mit drin, dann sollten wir uns insgesamt jetzt mit den Statements versuchen, ein bisschen kürzer zu halten. Ich meine, ich habe danach noch Zeit, aber wie gesagt, es war so angekündigt und mir wurde schon gesagt, dass die zwei Stunden möglichst eingehalten werden möchten. So, jetzt war noch eine Frage an Herrn Wille und dann hat Herr Renz das Wort.

Dietger Wille: Ja, also die Frage war ja nach der räumlichen Situation und dann muss man ja sagen, dass wir aus meiner Sicht in Mecklenburg-Vorpommern, wenn man das mit anderen Bundesländern vergleicht, glaube ich, insgesamt gut aufgestellt sind. Das heißt, die jetzige räumliche Situation für die Kitas ist, wenn ich jetzt zum Beispiel mal mit dem Schulbereich vergleiche, sehr gut. Natürlich gibt es Kitas, die noch einen Sanierungsbedarf haben oder so, aber ich glaube, dem Grunde nach sind unsere Kitas im guten baulichen Zustand. Wenn man jetzt aber sagt, der Betreuungsschlüssel wird

massiv verändert, dann heißt das ja, wir haben ganz andere Gruppengrößen. Das heißt, wir brauchen mehr Gruppen und das wird natürlich Rückwirkungen auf Gebäude haben. Und dann muss man auch sagen, deswegen sage ich mal an die Politik, seid mal vorsichtig mit neuen Standards. Ein Standard war ja zum Beispiel der Rechtsanspruch auf den Hortplatz. Den haben wir noch lange nicht sichergestellt. Also da reden wir noch gar nicht über Betreuungsschlüssel, da reden wir überhaupt über das Grundsätzliche überhaupt. So, und dann möchte ich vielleicht noch einen Punkt ergänzen. Herr Taprogge hat gesagt, na ja, die Beitragsfreiheit, die war schon richtig, aber der zweite Schritt fehlt. Nee! Die Frage von Frau Rösler war schon richtig, weil am Ende werden wir es nicht hinkriegen. Wir können nicht alles gleichzeitig, das wird nicht finanzierbar sein! Und vielleicht noch mal eine Zahl zum Aufkommen, weil Sie das mit der Erzieherin, mit der Verkäuferin sagten: Im vergangenen, im alten System, das ich nicht wieder hervorholen will, aber ich will mal sagen, wie es da war. Bei den 100 Millionen, mit denen wir ins neue System eingestiegen sind, das war ja die Endzahl des alten Systems, kamen ungefähr 16 Prozent aus Elternbeiträge. Also von den 100 Millionen waren 16 Prozent. Und da waren schon, also realistischerweise haben nur so, auch schon im alten System, nur so 30 bis 50 Prozent der Eltern überhaupt Beiträge geleistet, weil es Hilfesysteme gab, die auch Menschen mit geringerem Einkommen das ermöglicht haben. Und die, die es bezahlt haben, das waren aber im System eigentlich die Leistungsfähigen und die nimmt man jetzt aus. Also das muss man bitte auch bedenken. Das ist jetzt hier nicht so, sozusagen, jetzt wären wieder alle Armen betroffen, wenn man das wieder rückführen würde, sondern im Grunde ist die Frage, ob die Leistungsfähigen der Gesellschaft was dafür leisten. Und in der Vergangenheit war es so. Jetzt also auch zum Beispiel ich, ich verdiene sehr gut. Damals habe ich für meine Kinder noch Elternbeiträge bezahlt, aber jetzt müsste ich es nicht. Und ja, das ist die Frage, ist das so gut so?

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Renz.

Abg. **Torsten Renz**: Danke für das Wort, Herr Vorsitzender! Ich will zwei, drei Vorbemerkungen machen. Das schließt natürlich den Dank an die Initiatoren ein. Und allein schon der Zeitraum und die Anzahl der Unterschriften, die Sie geliefert haben, zeigt, dass es ja ein gesellschaftlich relevantes Thema ist. Meine zwei, drei

Vorbemerkungen, damit es auch im Protokoll steht und weiter transportiert werden kann: Ich finde es ein Unding, wenn der Städte- und Gemeindetag, und das ist nicht das erste Mal, entweder gar nicht erscheint oder uns wird zu Beginn der Veranstaltung gesagt, der entsprechende Vertreter, damals Herr Sternberg, oder ein anderer, muss dann los, dass in dieser Art und Weise hier dann so verfahren wird.

(Vors. Andreas Butzki: Das ist aber der Landkreistag.)

Das habe ich gerade gesagt, dass ich weiß, wer Herr Sternberg ist. Dass in dieser Art und Weise verfahren wird, finde ich ein Unding. Dann sollen sie Vertreter schicken oder uns im Vorfeld darüber in Kenntnis setzen, dass man darüber sprechen kann. Insofern haben wir tatsächlich bei so einem Statement dann aber Zeit gespart. Was auch nicht gestattet ist, ich nehme es aber mir trotzdem heraus, meinen ausdrücklichen Respekt auszusprechen an Frau Thiele. Ich habe lange nicht in Anhörungen so ein hervorragendes Eingangsstatement gehört. Herzlichen Dank dafür!

Jetzt zum Thema an sich, weil ja auch der Vertreter der Volksinitiative von konkreten, oder mit konkreten Erwartungen kommt und es nicht so sein kann, dass es nachher eine zweite Lesung im Landtag gibt und dann wird ausgeführt, die Finanzen und der Mangel an Erziehern gibt es nicht her, und dann ist das Thema für die nächsten Jahre wieder erledigt. Insofern habe ich wohlwollend von allen vernommen, dass es nicht ad hoc gehen kann. Alle haben auch zum Ausdruck gebracht, wenn, dann sind es kleine Schritte und dann ist es eben diese Begrifflichkeit Stufenplan, die ich ja selbst geprägt habe bei der ersten Lesung, wo ich glaube, wir sollten darüber sprechen. Wir können nicht schwarz-weiß diese Debatte beenden, sondern es wäre auch unter dem Motto Politikverdrossenheit, das kennen wir ja alles, ein gutes Zeichen, wenn das Parlament sich vielleicht darauf einigen könnte, dass dieser Wettbewerb dann auch zur nächsten Wahl ausgeschlossen wird, dass jeder irgendwelche Zahlen präsentiert, dass man einen Stufenplan bespricht und den vielleicht im Landtag verabschiedet. Und darauf zielt dann auch meine Fragestellung ab. Was wäre dann, damit auch Sie sich nicht nur ernst genommen fühlen, sondern auch sagen können, wir unterstützen die weitere Verfahrensweise, was wäre dann diskussionsfähig, was den Zeitraum betrifft, was

Maßnahmen betrifft? Und da würde ich auch noch eine zusätzliche Maßnahme nehmen derer, die Sie benannt haben, hier zur Diskussion stellen – Erzieher-Kind-Relation möglicherweise punktuell in Brennpunktgebieten abzustufen. Was wären Vorstellungen, wo Sie sagen können, dahinter können Sie sich sozusagen gemeinsam mit der Politik versammeln? Was sollten wir da auf den Weg bringen aus Ihrer Sicht? Das wäre meine Frage, insbesondere an den Vertreter der Volksinitiative, aber auch an alle anderen. Danke!

Vors. **Andreas Butzki**: So, Herr Rust, Sie haben dann zuerst das Wort und dann die anderen Anzuhörenden, wer möchte.

Florian Rust: Also zu der punktuellen Entlastung. Da halte ich nichts von. Punkt. Und natürlich bin ich mit der Erwartung hergekommen, sonst wäre ich nicht hergekommen. Wenn, wenn es endlich mal eine Perspektive geben würde, wo es hinget – Verbesserungen. Alle sprechen über Verbesserungen, ist ja super. Aber dabei bleibt es und dann geht es immer wieder von vorne los. Und wenn wir jetzt irgendwo uns auf irgendwas einigen würden, natürlich nicht, 2025 geht's los, aber keine Ahnung... in ein paar Jahren... Das ist Ihre Aufgabe, nicht meine! Es braucht eine Perspektive, wo es hinget, für die Leute, die jetzt arbeiten und auch noch lange arbeiten und auch für die Kinder, die jetzt in die Krippen kommen, wäre es doch schön, wenn sie zum Ende ihrer Kindergartenzeit davon noch was haben würden. Ich denke, jetzt können Sie alle wieder durchrechnen, wie viel das kosten würde oder wie viele ErzieherInnen man dafür braucht. Wenn eine Veränderung von einer Krippe von 1:6 auf 1:5, da würde, glaube ich, die halbe oder wahrscheinlich die ganze Kitalandschaft im Land schon tageweise Party feiern, weil sie sich darüber freuen würde, weil es eine enorme Entlastung sein würde. Fangen Sie an! Machen Sie Vorschläge! Dafür bin ich hier.

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Thiele.

Madlen Thiele: Ja, also die punktuelle Entlastung fände ich tatsächlich erst mal vorübergehend, tatsächlich mit Start in diesem Jahr im Idealfall, sehr, sehr sinnvoll, weil gerade, wie ich vorhin gesagt habe, in den kapitalärmeren Sozialräumen in unserem Land, da brennt die Hütte und genau da haben wir nämlich das Problem, was

Herr Wille vorhin schon angesprochen hat. Da haben wir Kinder, die sind bereits in dem System drin und die brauchen natürlich auch in der Zeit, in der sie in der Kindertageseinrichtung betreut, gebildet und erzogen werden, brauchen sie besondere Unterstützung. Und da wünschte ich mir das sehr, wenn man das so zeitnah wie möglich hinbekommt. Und ansonsten denke ich aber, ist die Forderung der Volksinitiative ja tatsächlich das Minimum. Das ist ja nicht mal das, was Fachleute fordern, sondern das ist erst mal das, was wir brauchen, damit wir die Aufgaben, die an die pädagogischen Fachkräfte gesetzt werden, überhaupt erst umsetzen können! Also von daher bin ich der Meinung, das sollte schon relativ zeitnah passieren. Ich höre hier immer, ich bin so ein bisschen demotiviert gerade, weil ich höre immer raus, das geht immer alles irgendwie nicht und die Gelder sind nicht da und 2025 ist sowieso auch noch viel zu früh. Und ich würde mir wünschen, dass Sie versuchen, das zeitnah zu schaffen.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Békési.

Lars Békési: Ja, vielen Dank! Zwei Aspekte: Wirtschaftlicher Aspekt dahingehend, die Wirtschaft, die sozusagen die gesamte Steuerlast irgendwann erwirtschaftet, braucht was, verlässliche Beschäftigungsverhältnisse mit Verlässlichkeit, was die Kinderbetreuung angeht, dass die Mitarbeiter auch verlässlich im System sind. Anders ausgedrückt: Kurzfristig pflichte ich dem bei, Sie müssen kurzfristig anfangen punktuell, da war die Brennpunktsituation genannt, sozialökonomische Aspekte. Da müssen mehr Menschen rein, die müssen Unterstützung erfahren dort. Das macht Sinn. Da können Sie jetzt schon anfangen. Und der zweite Aspekt ist, Sie müssen aber auch die saure Pille oder die saure Zitrone, wie Sie es nennen wollen, den Eltern mitgeben. Und da bin ich bei Ihnen, bei Frau Rösler, bei der Frage. Müssen wir eine Kernbetreuung und Bildungszeit wahrscheinlich ernsthaft mit den Eltern diskutieren, die sie wahrscheinlich nur für sechs Stunden realisieren können und nicht für die 45 bis 50 Stunden in der Woche. Das ist die Wahrheit. Aber wenn Sie die sechs Stunden fixiert festschreiben, dann haben alle ein gewisses Planungssicherheitssystem und dann wird das System funktionieren. Und dann fängt das Stufenmodell an, das Sie dann deutlich wieder ausbauen und verbessern können. Das ist der Aspekt. Danke.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Taprogge.

Daniel Taprogge: Also auch noch mal mein Appell: Ein Stufenplan, der lag auch früher schon mal vor, jetzt in die Debatte mit reinzubringen, den auch deutlich über die Legislaturperiode hinaus zu verabschieden und zu beschließen, damit auch eine verlässliche Perspektive da ist für die pädagogischen Fachkräfte und die, die anfangen wollen, die Ausbildung zu starten. Ich glaube, das ist einer der wichtigen Punkte, die jetzt für die Attraktivität des Berufsstandes wichtig ist. Wir haben in den letzten fünf, sechs Jahren viel gemacht bei der Frage der Bezahlung, der Löhne der Kolleginnen und Kollegen. Wenn ich mir das noch mal vielleicht verdeutlichen darf, wir haben etwa 2007, 2008 mit dem tariflichen Niveau von ungefähr 1.900 Euro für pädagogische Fachkräfte in Vollzeit angefangen. Wir sind jetzt im März, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, etwas über 3.000 Euro Einstiegsgehalt im öffentlichen Dienst, Tarifvertrag. Das ist eine Entwicklung, die enorm ist, wo wir gemeinsam, also Arbeitgeber und Gewerkschaft, viel gemacht haben. Und wir haben das auch auf, gerade durchgesetzt bei vielen freien Trägern, die auch diesen Tarifvertrag mittlerweile eins zu eins oder mit gleichen Abstrichen anwenden. Da hat sich viel getan. Das ist die eine Komponente. Die andere Komponente ist eben diese Frage der Arbeitsbedingungen. Und da sind wir wieder beim Betreuungsschlüssel. Da braucht es einen Stufenplan. Und vielleicht noch ein Wort zu der Frage der Finanzierung: Herr Wille, mir ist das völlig klar. Also die Finanzströme in diesem Land sind, wie sie sind, und das Geld liegt nicht auf der Straße der Kommunen oder der Landkreise und kreisfreien Städte. Das Geld liegt woanders. Das will ich aber nicht weiter ausführen. Dann können wir keinen Kapitalkurs machen. Wir brauchen eine andere Finanzverteilung dann auch in dieser Frage. Dann ist das Geld aber auch mit Sicherheit da.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Rust.

Florian Rust: Nur noch kurz, um mich zu verteidigen: Natürlich stehe ich hinter den Forderungen, die wir da machen, die natürlich eigentlich Mindeststandard sind und eigentlich wir noch viel mehr pädagogische Fachkräfte darüber hinaus in den Einrichtungen bräuchten, wenn wir das umsetzen wollen würden, was zum Beispiel ich vor acht, neun Jahren in der Erzieherausbildung gelernt habe. Wenn ich das

umsetzen wollen würde, bräuchte ich viel mehr Kollegen und viel mehr Zeit in meiner Arbeit. Habe ich aber nicht. Trotzdem würde ich mich über 1:5 freuen. Das war nur das, was ich ausführen wollte. Und falls wirklich noch jemand der Meinung ist, dass die Lage in den Kindergärten total happy ist und die alle super Arbeit leisten und total froh damit sind und alle total motiviert darüber und tolle Fachkräfte sind, lade ich Sie gerne ein, in einen unserer Kindergärten nach Greifswald zu kommen, sich die Kinder mit den besonderen Bedarfen anzusehen und mal zu schauen und zu überlegen, wie viel Erzieher bräuchte man denn jetzt für die Kinder, um die zu betreuen ordentlich und die Bildungsaufgaben zu lösen? Die Bildungskonzeption habe ich noch mit, falls da noch jemand reingucken möchte. Das sind die Aufgaben.

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank! So, dann schließen wir die erste Fragerunde mit Frau Enseleit. Sie haben dann das Wort.

Abg. **Sabine Enseleit**: Ich bin doch noch dran.

Vors. **Andreas Butzki**: Na klar!

Abg. **Sabine Enseleit**: Ja, vielen Dank! Ich möchte auch der Volksinitiative noch mal danken! Ich freue mich, dass Sie das eingebracht haben, dass wir das hier auch in der Tiefe noch mal diskutieren können! Wir diskutieren das Thema ja häufiger. Aber heute habe ich doch die Hoffnung, dass wir aus dieser Anhörung ein bisschen was mitnehmen und doch irgendwie eine Perspektive finden. Ich habe drei Fragen. Meine erste Frage, Frau Thiele, Sie haben sehr eindrücklich dargelegt, wie sich so eine Gruppe zusammensetzt in einer Kita. Und Herr Rust, Sie haben es auch angesprochen, es nimmt zu, dass wir Kinder mit besonderen Bedarfen vor allen Dingen haben. Dann kommt wahrscheinlich das Thema Migration noch mit dazu. Also meine Frage wäre, leitet sich daraus nicht auch eine gewisse Dringlichkeit ab, in der jetzigen Situation, eben genau noch mal hier anzusetzen und da den Betreuungsschlüssel zu ändern, weil die Situation eben nicht mehr so ist, wie sie vielleicht noch vor ein paar Jahren war, als eben auch die Beitragsfreiheit beschlossen wurde? Das wäre die erste Frage. Die zweite Frage: Herr Wille hat das angesprochen, das Thema „Ressourcen schlau einsetzen“, habe ich mir notiert. In dem

Zusammenhang haben wir ein Thema noch nicht diskutiert, nämlich das Thema Bürokratie. Da würde ich einfach gerne von den Vertretern vielleicht noch mal hören wollen, welche Rolle dieses Thema spielt und ob das vielleicht was wäre, wo man auch noch mal Entlastung für die Fachkräfte, für die Erzieherinnen und Erzieher erwirken könnte, weil eben auch diese langfristigen Themen Finanzierung und Ausbildung, die werden wir ja jetzt nicht von jetzt auf nachher gelöst kriegen, aber vielleicht wäre das ja ein Aspekt, den man kurzfristig angehen könnte. Und meine letzte Frage bezieht sich noch mal auf die Abschlüsse und auf die Ausgebildeten, die wir jedes Jahr haben. Da wüsste ich gerne mal, wenn Sie das wissen im Vergleich, wie das mit anderen Bundesländern aussieht, ob da die Situation eventuell besser ist, und ob es da vielleicht Beispiele gibt, von denen wir lernen können? Weil es bringt uns ja natürlich nichts, wenn wir viele Erzieherinnen und Erzieher ausbilden jedes Jahr, aber die dann eben nicht bei uns im Land bleiben. Vielen Dank!

Vors. **Andreas Butzki**: Herzlichen Dank! So, erst einmal Frau Thiele und dann nacheinander ...

Madlen Thiele: Genau. Also vielen Dank für die Frage. Ja, das ist genauso, wie ich es vorhin gesagt habe. Die Bedingungen haben sich geändert und sie werden schlechter für pädagogische Fachkräfte bei uns im Land. Und das hängt natürlich auch damit zusammen, wie ich es vorhin auch immer schon wieder gesagt habe, es hängt auch davon ab, in welcher Einrichtung arbeite ich. Und arbeite ich in einem eher prekäreren Sozialraum, ist das für mich natürlich etwas, was besonders dringlich ist. Und von daher, ja bitte, so schnell wie es geht, die Erzieher-Kind-Relation bzw. den Personalschlüssel anheben und die Erzieher-Kind-Relation senken.

Vors. **Andreas Butzki**: Die zweite Frage war an Herrn Wille.

Dietger Wille: Ja, im Grunde ist „Ressourcen schlau einsetzen“, das hatte ich ja vorhin versucht mit dieser Entwicklung im Bereich der Kostenhilfen zur Erziehung, dass ich persönlich glaube, dass wenn man, wenn man, ich sag mal, dieses Volumen stärker in dem anderen Bereich einsetzen würde, dass es unterm Strich weniger ist. Das ist jetzt nicht wissenschaftsbasiert, das müsste man untersuchen. Aber nach allem, was

wir so wissen, wie intensiv Betreuungsnotwendigkeit bei Kindern im höheren Alter dann ist, glaube ich, spricht da viel dafür, dass wenn man sehr frühzeitig Probleme erkennt, dass sich dann auch bestimmte Verhaltensauffälligkeiten oder so gar nicht so auswirken. Die Schwierigkeit würde da aber daran liegen, wie kriegt man die Umsteuerung hin? Weil man wird ja, man kann das nicht einfach umschichten. So und dann glaube ich, Ressourcen sinnvoll einsetzen, das ist auch eine Frage von Effizienz im System. Und Sie hatten nach Bürokratie gefragt. Also ich würde mal sagen, im Gesamtsystem ist das, was wir jetzt im KiföG haben, vertretbar, weil irgendwie sind es öffentliche Mittel, die wir verwalten und da gehört dann schon auch mal das eine oder andere zu. Allerdings glaube ich, dass im Konkreten man dort schon auch noch Vereinfachungen herbeiführen kann. Und ich glaube, es gibt gewisse Ineffizienzen im jetzigen System, weil bestimmte Fehlanreize gesetzt sind. Ein Beispiel will ich sagen: In der Vergangenheit, als es so war, dass die Eltern noch Elternbeiträge geleistet haben, ist es höchst selten vorgekommen, dass mal eine Kita gesagt hat, ist gerade Bodennebel, wir machen dicht. Jetzt zum Beispiel, letzten Montag, haben wir eine große Demonstration gehabt. Das war auch letzte Woche schon bekannt. Da gab es zum Beispiel Kitaträger bei uns, die den Eltern mitgeteilt haben, wird wahrscheinlich schwierig sein, dass die Erzieher rankommen, wir machen dicht. Und das sind Sachen, das hat was damit zu tun, von wem kriege ich Geld? Das sind eben die Frage, wie werden Anreize gesetzt? Und deswegen, glaube ich, ist so ein Anreizsystem, wo ich das Geld nicht alleine, weil ich einen Vertrag geschlossen habe, automatisch kommt, tendenziell neigt das eher zur Ineffizienz. So, und damit will ich jetzt niemandem was unterstellen oder so, das ist aber so, das findet man einfach immer wieder. Und ich glaube, da gewisse Ineffizienzen, die jetzt durch Fehlanreize drinstecken, zu korrigieren, das würde auch helfen. Aber das löst das Thema, was wir jetzt haben, natürlich nicht, weil es keinesfalls diese Finanzdimension einnimmt.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Békési.

Lars Békési: Danke! Das waren drei Aspekte – besondere Bedarfe, Migrationsthema: Ja, die steigen deutlich an, und da ist das Schlagwort, was Sie sich alle aufschreiben sollten und versuchen, das auch einzufordern, ist das übergreifende System der Sozialarbeit. Nehmen Sie Schulen, Kitas, Sozialarbeit, wie auch immer,

Familiensozialarbeit, das ist must have. Das müssen Sie einbauen, weil die Problemlagen können die Pädagogen vor Ort nicht lösen. Das ist auch nicht ihr Kerngeschäft, weil die Eltern halt auch mit einer riesen Problemlage darauf zukommen und das ist dann überfordernd. Und da ist auch noch mal der Wink, das Kitaqualitätsentwicklungsgesetz, das soll zum 01.01.2025 ja kommen. Da wäre der Wink wieder. Da können Sie auch Gelder generieren und da soll das eigentlich auch reingeschrieben werden und dann wäre das zumindest finanziert.

Zweiter Punkt: Bürokratieabbau. Ich glaube, das ist eine kleine Ressource. Aber es ist effizient zu überprüfen, welche Digitalprozesse sind unterstützend möglich im Arbeitsalltag? Wir haben viele Einrichtungen, die sind voll digitalisiert mit Anmelde-, Abmeldeprozessen etc. Das haben wir auch ausgeschöpft. Hat aber nichts mit der pädagogischen Arbeit dann zu tun, sondern das ist das Drumherum. Da müsste man gucken einzeln, dann können Sie wahrscheinlich eine Studie in Auftrag geben. Und der entscheidende Punkt, der ja auch gestellt wurde, die Verbleibedauer oder die Ankunftsduer – wie ist es mit anderen Bundesländern, die dort ausbilden, und wie ist es mit Ihrem Land? Also ich habe jetzt nur von Frau Dr. Gelke gehört, 825 war die Zahl, ungefähr 50 Prozent bleiben. Also das heißt, wenn 50 Prozent bleiben, in anderen Bundesländern ist ungefähr der Schnitt ein Drittel. Da müsste man jetzt überprüfen, aber das wurde ja wohl in Auftrag gegeben, warum denn da hier eine höhere Anzahl ist, die denn gehen? Ist das wirklich so? Ist es nicht? Und da gegenzusteuern, ist einfach schier unmöglich, weil in anderen Bundesländern haben wir es auch schon alles ausprobiert. Das ist halt auch per se eine Generation, die nachrückt, die wollen halt unterwegs sein, die wollen mit Erasmus+ auch mal woanders gewesen sein, die sind halt sehr viel mobiler. Das muss man halt auch mit einrechnen. Entweder bilden Sie mehr aus oder wir nehmen das in Kauf, dass immer etwas zu wenig ist. Das war ja noch mal die Frage, was die Ausbildungssituation angeht. Danke!

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Thiele.

Madlen Thiele: Dazu würde ich gerne noch mal kurz was sagen. Also wenn bei uns die Hälfte geht nach dieser sehr hervorragenden Ausbildung bei uns im Land, dann sollten wir uns vielleicht fragen, natürlich kann das einerseits damit zusammenhängen,

dass die jungen Leute mehr reisen wollen, aber ich denke, das hat auch hauptsächlich mit dem zu tun, was Herr Taprogge vorhin schon gesagt hat, wenn ich einfach so dermaßen miserable Arbeitsbedingungen hier bei uns im Land habe, bleibe ich natürlich nicht. Ich setze mich in Zug, ich fahr eine Stunde und dann bin ich in einem Bundesland, in dem ich deutlich bessere Rahmenbedingungen habe. Und trotzdem sind die Mieten hier günstiger. Also von daher, wir sollten uns wirklich da mal Gedanken machen, was tun wir eigentlich dafür, dass die jungen Leute, die hier so hervorragend ausgebildet werden, auch hier bleiben? Das ist ein Teufelskreis.

Vors. **Andreas Butzki**: Vielen Dank! So, jetzt kommen wir in die zweite Runde. Ich habe jetzt zwei Bitten an die Abgeordneten, möglichst jetzt die Frage ganz konkret zu stellen, auch an wen und von großen Vorreden bitte Abstand zu nehmen und an die Anzuhörenden, nicht so viele Doppelungen jetzt zu machen. Wir haben jetzt schon vieles gehört. Es wiederholt sich jetzt einiges, dass wir dann das dementsprechend auch noch möglichst viele Fragen beantworten können. So, jetzt ist Frau Pfeifer dran, Herr Schult und dann Frau Rösler dran. Frau Pfeifer, Sie haben das Wort.

Abg. **Mandy Pfeifer**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für das Wort! Ich muss mir trotzdem erlauben, bestimmte Dinge einzuordnen. Dass wir 50 Prozent der Auszubildenden nicht in Kita sehen, das wird was mit Abwanderung zu tun haben, Frau Thiele. Wir haben uns dazu ja auch schon mal an anderer Stelle näher ausgetauscht. Wir haben aber auch andere Arbeitsmärkte für Erzieherinnen und Erzieher. Ich gucke mal auf die stationäre Jugendhilfe, ich gucke auf die Eingliederungshilfe und ich gucke auch auf den Bereich Schule. Deswegen bin ich sehr froh, dass diese Studie von Sozialministerium und Bildungsministerium jetzt erhoben wird, damit wir tatsächlich mal einen Blick bekommen auf die Situation im Land und die Frage, die uns aktuell keiner so wirklich beantworten kann, wo bleiben sie denn eigentlich wirklich? Ich bin direkt gewählte Abgeordnete hier in Schwerin für den Bereich Großer Dreesch. Das ist ein Stadtteil Mueßer Holz, Neu Zippendorf, das sind Stadtteile, die Sie meinen, wenn Sie hier sehr, sehr vehement und auch sehr, sehr lobenswert Appell erheben. Deswegen bin ich froh über die sozialräumlichen Gegebenheiten, die Gestaltung nach den sozialräumlichen Gegebenheiten, die im KiföG gegeben sind. Und ich bin froh, dass wir das jetzt mit der neuen KiföG-Novelle

noch mal verstärken, und dass wir auch möglicherweise im Landesrahmenvertrag Regelungen sehen, die machen, dass das umgesetzt wird, besser als bisher. Ich habe aber eine sehr konkrete Frage an Sie und möglicherweise auch an Herrn Taprogge. Sie sind sehr kritisch mit dem Kitasystem und aus Ihrer Sicht ja auch zu Recht. Sie stellen das nicht nur hier kritisch dar, sondern ich weiß, dass Sie das auch mit Ihren Schülerinnen und Schülern so kritisch diskutieren. Wenn wir die Bedingungen in der Kita verbessern wollen – ich glaube, das haben wir hier heute alle sehr eindringlich gehört – brauchen wir Köpfe. Wir haben aktuell nach meinem Kenntnisstand 100 freie Ausbildungsplätze in Mecklenburg-Vorpommern. Und diese Köpfe zu gewinnen, ist eine gemeinsame Aufgabe. Wie bekommen wir es gut hin? Also, und wenn die Geschichte so schwarz ist, wie Sie sie erzählen – ich erlebe das anders. Ich habe sogar Praxistage in Kitas gemacht in meinem Wahlkreis. Die sind sehr kritisch, die Erzieherinnen und Erzieher, und trotzdem geht es den Kindern in diesen Kindertagesstätten gut und sie entwickeln sich. Und auch die Erzieher haben Anspruch und vertreten den auch immer wieder. Wie schaffen wir es, dass wir Kritik üben, miteinander gucken auf die Stellen, die verändert werden müssen, aber trotzdem Menschen nicht verschrecken? Das ist die Frage, die ich gern von Ihnen beiden beantwortet hätte. Und Herr Békési, Sie haben gefordert, dass wir, bevor wir auf den Stufenplan schauen, zunächst erst mal den Betreuungszeitraum eindampfen. Ich habe verstanden, auf sechs Stunden am Tag, dann gibt es eine bessere Planbarkeit. Sie sind ja jetzt Träger, und wir erleben Generationenwechsel in Kita. Wie kriegen Sie denn eigentlich Ihren Personalbedarf dann tatsächlich noch abgedeckt? Oder was bedeutet das für die Öffnungszeiten alleine in Ihrer Kita und dann ja auch für die Betreuungszeiten, die Eltern in Anspruch nehmen können und deren Möglichkeit, am Arbeitsmarkt teilzunehmen? Und wie schätzen Sie ein, wir haben jetzt gehört, 10 bis 15 Jahre währenden Stufenplan ein, vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, den wir haben, das Personal... des Arbeitskräftemangels in allen Bereichen, den wir sehen, und vor dem Hintergrund der Freiheit der Berufswahl. Ich würde an dieser Stelle auch gern noch einmal einordnen, ob das...

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Pfeifer, ich möchte, auch ein bisschen auf die Zeit achten. Ich habe jetzt schon sehr viel Geduld gehabt.

Abg. **Mandy Pfeifer**: Vielen Dank! BuT hat es nie möglich gemacht, die Beitragsfreiheit zu finanzieren. Wir haben aber gesehen, dass es eine erhebliche Auswirkung hatte, die auch förderlich sein kann, wenn man darüber nachdenkt, den Beruf zu ergreifen.

Vors. **Andreas Butzki**: So, Frau Thiele, Herr Taprogge, Herr Békési.

Madlen Thiele: Ja, danke für die Frage! Also ich bin selber dreifache Mutter. Ich komme aus der Praxis. Ich bin Kindheitspädagogin und ich arbeite auch derzeit noch als Praxislehrerin in der Praxis. Das heißt, ich bin in den Einrichtungen in diesem Land unterwegs. Und ja, die pädagogischen Fachkräfte, die sich tatsächlich dafür entscheiden: Hey, ich mache das und ich mache das bis zum Ende und ich gebe tatsächlich vielleicht auch noch Geld für meine Ausbildung aus. Bei mir an der Schule, an der ich tätig bin, müssen, das ist eine private Schule, müssen die Schülerinnen und die Schüler immer noch Ausbildungsvergütung bezahlen, vier Jahre lang, damit sie dann in einem Berufsfeld starten, das einfach so dermaßen miserable Bedingungen hat, und für das sie auch nicht genügend entlohnt werden. Das möchte ich auch an dieser Stelle noch mal betonen. Das heißt, da nehme ich jetzt mal schon mal die Frage von vorhin. Wir müssen natürlich an den Ausbildungsbedingungen etwas verändern, und sei es Beitragsfreiheit an allen Schulen in diesem Land. Weil wir brauchen ja offensichtlich die Schulen und die Plätze, damit wir eben ausreichend ausbilden können und auch divers ausbilden können. Und die Leute, die in den Einrichtungen, also die pädagogischen Fachkräfte, die sich dafür entschieden haben, in den Einrichtungen tätig zu sein, machen das in der Regel mit ganz viel Leidenschaft. Das ist wahr. Und natürlich geht es den allermeisten Kindern auch gut in den Einrichtungen. Aber bitte, wir müssen auch bedenken, selbst mit der größten Leidenschaft, die ich habe, für das, was ich brenne, irgendwann bin ich ausgebrannt bei den Arbeitsbedingungen. Das kann ich vielleicht zehn Jahre machen, das kann ich vielleicht 20 Jahre machen und dann kann ich schlichtweg nicht mehr. Und dann fahre ich mitunter auch nur Status quo. Also und das ist natürlich etwas, was wir nicht wollen. Und das erlebe ich tatsächlich regelmäßig in den Einrichtungen.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Taprogge.

Daniel Taprogge: Ja, zu der Frage... Also das eine ist natürlich, und das ist sozusagen das System von Interessenvertretungen, das eine ist natürlich das, was wir als Gewerkschaft, was andere hier ja auch dann in Anhörungen sagen und damit auch die Hoffnung verbinden, dass sich entsprechende Punkte in unsere Richtung bewegen. Das ist sozusagen am Mikro das, was unsere Interessenvertretung ist. Wenn wir, insbesondere die Kolleginnen und Kollegen in der Praxis fragen, wo holt ihr denn und wo seht ihr den potentiellen Nachwuchs? Dann sagen die: Wir kriegen ganz viele SchülerpraktikantInnen. Die kommen während der Schule in die Einrichtungen, sind eine Woche da, sind manchmal vielleicht sogar zwei Wochen da. Das kommt auf die Schulform an, und dann sieht man aber auch relativ schnell, und das hat mir letztens noch mal eine Kollegin aus der Kita meiner Tochter berichtet, sieht man meistens schon am ersten Tag, ob das hinterher was ist oder nicht. Ich glaube, die pädagogischen Fachkräfte sehen sehr genau, wen können wir als KollegInnen hinterher auch hier haben, und wer hat vielleicht für diese Ausbildung jetzt oder auch später überhaupt noch nicht das Geschick. Und die machen meines Erachtens eine große Werbung für ihren Beruf, obwohl sie seit langem dabei sind und auch kurz vorm Ausbrennen sind. Ich weiß gar nicht, wo die immer wieder dann die Kraft herholen, aber die holen sie in Größenordnungen wieder raus. Aber da findet die Werbung auch statt. Ich glaube, der Punkt, den wir eben diskutiert haben, ist der entscheidende. Nicht nur die Frage auf der monetären Seite der pädagogischen Fachkräfte muss sich verbessern. Das ist in Größenordnungen passiert, sondern auch dann jetzt die Frage der Arbeitsbedingungen und der Bedingungen Bildung zu vermitteln, das ist jetzt der Punkt, der dann auch noch mal für Attraktivität sorgt. Genau, damit beende ich das erst einmal.

Vors. **Andreas Butzki:** Herr Békési.

Lars Békési: Ja, danke! Ganz kurz. Demografie war das Schlagwort und die sechs Stunden. Zur Einordnung der sechs Stunden noch mal: Das ist ja der Worst-Case-Fall. Das ist ja die Außenkommunikation, wenn es wirklich nicht weiter geht aus der Perspektive des Kindeswohls und der Aufsichtspflicht. Da müssen wir uns ja ehrlich machen, wenn wir 15 Kinder betreuen und ein halber Pädagoge nur da ist, rein rechnerisch, dann funktioniert es nicht. Das ist damit gemeint, dass man dann

ehrlicherweise die Kernsituation eindampft und dann vielleicht in den Randzeiten, würde ich es jetzt mal nennen, vielleicht andere Lösungen findet. Das ist der Notfall. Aber das wäre ja die Übergangsphase, die man diskutieren muss. Der zweite Punkt: Wie bekommen wir für unsere Träger denn die Mitarbeiterschaft gesichert? Wir sind, es hört sich immer komisch an, aber fast europäisch und global unterwegs. Wir werben auf allen Stellen. Wir nutzen alle Möglichkeiten, die unsere Netzwerke tatsächlich geben. Wir arbeiten auch intensiv mit den IHK's zusammen, die ganz viel Last uns abnehmen und dann auch qualifizierte Mitarbeiter bringen. Wir sind in anderen Fachschulen, in anderen europäischen Ländern vor Ort, wo wir Sprachkurse mitfinanzieren, dass diese Sprachkurse in Deutsch tatsächlich relevant sind, dass sie mit einem adäquaten B2-, C1-Niveau dazwischen so ein bisschen in den mündlichen Bereich bei uns auch anlanden und dann mitarbeiten können. Auch dieses Thema ist mit zu nennen und das ist fließend. Und in dieser Kombination. Den goldenen Löffel oder den goldenen Weg haben wir auch nicht, aber wir versuchen, mit ganz vielen anderen, gemeinschaftlich unterschiedliche Wege zu gehen. Und das ist einer dieser Aspekte, der zu nennen ist, dass wir halt Fachkräfte, die pädagogische Hochschulabsolventen sind, ob das Spanien, Frankreich, Portugal, sonst wo auch oder sogar aus der Ukraine sind, mit sozusagen integrieren. Und selber als Träger nehmen wir ganz viel Geld zusätzlich in die Hand, um unsere Mitarbeiter vor Ort fortzubilden, damit sie halt tatsächlich auch bleiben und die Bleibeperspektive haben. Und letztlich, was die Finanzierung angeht, das habe ich vorhin nicht so deutlich gesagt, jetzt sage ich es mal ziemlich deutlich: Die kostenfreie, also schulgeldfreie Ausbildung, das ist eigentlich der Punkt, den Sie auch angehen müssen. Es kann nicht sein, dass die noch Geld dafür bezahlen! Als Träger übernehmen wir teilweise die Gelder, aber das ist ja auch ein endloses Thema. Wir haben ja auch nicht unendlich viel Geld. Das wäre einer der wesentlichen Aspekte, dass Sie wieder wettbewerbsfähig sind auf der Ebene.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Schult.

Abg. **Enrico Schult**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Meine Frage richtet sich noch mal an Herrn Rust, als Vertreter der Volksinitiative. Herr Rust, 15.000 oder 16.182 gültigen Unterschriften hat man natürlich auch eine gewisse Wirkmacht hier im Landtag. Damit befassen wir uns als Abgeordnete ganz genau damit. Für mich ist es

jetzt nur noch einmal wichtig, wie diese Unterschriften zusammen gekommen sind. Hat es da, wurde das, wurden diese Unterschriftenlisten in den Kitas ausgelegt? Hat es da eine Kommunikation gegeben mit den Eltern? Ist es da zum Beispiel auch besprochen worden, dass das natürlich auch ein finanzieller Kraftakt sein wird, auch speziell für die Kommune, wo die Unterschriftenliste ausgelegt wurde? Und für die Abstimmung meiner Fraktion ist es in der Tat noch wichtig: Wie sehen Sie den zeitlichen Rahmen? Das konnte ich jetzt aus dieser Forderung jetzt nicht so ganz klar herauslesen. Wann möchten Sie diesen Betreuungsschlüssel umgesetzt haben als Volksinitiative? Muss das ad hoc passieren? Ist das eine Perspektive, wo man sagt, okay, darauf könnten wir uns einigen? Oder heißt das für Sie, das sollte jetzt im nächsten Jahr beispielsweise umgesetzt werden?

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Rust.

Florian Rust: Also ich bin Pädagoge. Ich habe mit Zahlen nichts am Hut. Deswegen sage ich, umgesetzt werden soll es ab morgen oder am besten noch heute Nachmittag. Sage ich allen Bescheid: Jetzt weniger Kinder. Da kann ich auch nichts anderes zu sagen. Und auch wenn ich weiß, dass es nicht realistisch ist, das ad hoc morgen umzusetzen. Die Unterschriften kamen zusammen, indem wir uns an die Medien gewandt haben, an Gewerkschaften, an Parteien, an andere Kitaträger, an bekannte Netzwerke, andere Fachberatungen, andere Kindergärten usw. – meist alles per E-Mail, mit dem richtigen Dokument daran, im richtigen Muster, haben sich alle selber ausgedruckt und das dann quasi wieder zurückgeschickt an meine Arbeitsstätte. Weil ich wollte nicht unbedingt meine Privatadresse jetzt ins Land geben. Die kamen dann halt zurück und die haben wir dann nach und nach gezählt und in regelmäßigen Abständen uns wieder quasi an alle gewandt und gesagt, jetzt sind 5.000 zusammen, jetzt sind 10.000 zusammen usw., um auf ja... durchblicken zu lassen, wir brauchen noch welche oder es ist jetzt geschafft usw. Und die sozialen Netzwerke haben wir natürlich auch genutzt. Genau.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Schult.

Abg. **Enrico Schult**: Kurze Nachfrage dazu: Gab es dazu jetzt eine Kommunikation? Wurde da sozusagen über das Für und Wider da beraten oder sind die Unterschriftenlisten sozusagen rausgeschickt worden ins Land oder gab es Rückfragen von bestimmten Institutionen, von Gewerkschaften? Für mich ist jetzt wichtig, ist das erörtert worden jetzt mit den Eltern beispielsweise, die jetzt die Unterschrift dort geleistet haben, wurde darüber, hat man sich da ausgetauscht zu dem Punkt?

Florian Rust: Also die... Bei den meisten Menschen ist nur die Unterschriftenliste angekommen. Aber dazu gab es auch noch ein Begleitschreiben, in dem es noch mal kurz und prägnant erläutert wurde. Ich sage mal, niederschwellig erläutert wurde. Hätten wir jetzt das erläutert, was wir heute besprechen, das hätte niemand verstanden, niemand hätte sich dafür interessiert oder hätte Zeit dafür gehabt, sich das noch mal durchzulesen. Genau. Deswegen war es ganz niederschwellig, auch so, wie es auf der Unterschriftenliste stand – das und das fordern wir usw., auch ohne zeitlichen Rahmen, weil es zu viel geworden wäre. Natürlich wurde das auch noch kommuniziert. Wir haben Rückmeldungen bekommen von ganz verschiedenen Stellen.

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Rösler.

Abg. **Jeannine Rösler**: Eine hoffentlich kurze Nachfrage. Jetzt mal ganz unabhängig von allen finanziellen Herausforderungen, die lasse ich jetzt mal völlig beiseite. Wie... Weil, wir reden ja jetzt über die Forderungen der Volksinitiative, und da sind die Zahlen genannt worden – 4.000, 5.000, eigentlich 6.000 Fachkräfte, die wir zusätzlich benötigten, also auch Azubis, die in dem Bereich dann ausgebildet werden. Wie realistisch ist es, dass 6.000, ich sage jetzt mal 6.000, zusätzliche Azubis eben für die ErzieherInnen Ausbildung gewonnen werden können? Angesichts der demografischen Fakten, die ja hier heute ganz klar benannt worden sind, insbesondere auch von Herrn Wille, und angesichts dessen, dass eben viele andere Bereiche in der Gesellschaft oder auch in der Wirtschaft ebenso einen eklatanten...

Vors. **Andreas Butzki**: Frau Rösler, Sie wollten konkret eine Frage stellen.

Abg. **Jeannine Rösler**: Ja! ...ebenso einen eklatanten Fachkräftemangel haben? Also einfach: Wie realistisch ist es? Herr Békési hat ja schon einige Dinge genannt, die Sie auf den Weg bringen oder Ihre Bemühungen, aber das ist ja noch mal eine ganz besondere Zahl. Ist das auch unter der Maßgabe Ihrer Bemühungen realistisch? Und die Frage wäre vielleicht auch an Herrn Taprogge gestellt.

Vors. **Andreas Butzki**: Also Herr Békési und Herr Taprogge.

Lars Békési: Danke! Realistisch ist es dahingehend, wenn Sie einen Blumenstrauß draus machen aus Maßnahmen. Öffentliche Bewerbung dieses guten Berufes mit dem Hinweis, so wie Sie es ähnlich für Lehrer machen, was alles Gutes es so gibt, dann die gute Ausbildung in den Vordergrund zu stellen, die gute finanzielle Ausstattung. Das darf man auch nicht vergessen. Erzieher sind gut bezahlt in vielerlei Hinsicht, wenn man es mit anderen vergleicht. Dann ist realistisch Zeitraum fünf Jahre, dahin zu kommen. Also Sie werden nicht in zwei Jahren 6.000 ausgebildet haben, das geht gar nicht, schon alleine schon bei der Ausbildungsdauer. Aber dieser 5-Jahres-Raum, wenn Sie jetzt anfangen, dann sind Sie realistisch auf diesem Weg dahin, weil die anderen ja nach und nach erst ausscheiden im Demografiebereich vom Alter her. Und vielleicht bleiben ein oder zwei dadurch auch ein bisschen länger noch und Sie haben Glück, dass sich das so ein bisschen verschiebt. Also 15 Jahre sehe ich nicht. Das ist viel zu lange. Sie müssen in fünf Jahren die Lösungen haben, sonst rennen die jungen Menschen weg.

Vors. **Andreas Butzki**: Herr Taprogge.

Daniel Taprogge: Ja. Ich kann mich da anschließen. Also ich halte das für realistisch mit verschiedenen Maßnahmen. Man muss dann natürlich auch noch mal auf die Frage schauen, mit Quereinstieg. Wir haben immer noch Menschen, die haben was Ähnliches gelernt. Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern noch zwei Schulen, die Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger ausbilden, die kaum ein Berufsfeld hier finden, weil die auch nach dem neuen Fachkräftegebot, meines Erachtens, in den Kitas nicht richtig landen können. Auch da gibt es immer noch Möglichkeiten mit einer

Weiterqualifizierung, auch die, die Sozialassistenten und die Ausbildung erst mal beendet haben und nicht weitergegangen sind, auch da noch mal Angebote zu machen, zu einem späteren Zeitpunkt in die Ausbildung zu gehen, ist sinnvoll. Das halte ich nicht immer für möglich oder für richtig, dann zu sagen, die gehen in die Klasse mit denen, die gerade neu anfangen. Da gibt es oft eine Diskrepanz. Da könnte man auch mal über Klassen sprechen speziell für diesen nächsten Bildungsweg in einem höheren Alter. Und das halte ich mit so einem Mix und auch einer Werbekampagne dann für den Beruf, für die Tätigkeit und einem verlässlichen Plan – wann gibt es auch Verbesserungen bei den Bildungsbedingungen – dann für möglich.

Vors. **Andreas Butzki**: So, ich schaue jetzt noch mal in die Runde. Weitere Fragen sehe ich jetzt nicht. Dann möchte ich mich bei den Vertretern der Volksinitiative sowie den Sachverständigen dafür danken, dass Sie uns mit Ihrer Sach- und Fachkenntnis zur Verfügung gestanden haben. Wir werden die Anhörung in der nächsten Woche auswerten. Zielstellung ist es, in dieser Angelegenheit eine Beschlussempfehlung für die Landtagssitzung im März zu erarbeiten. Besteht jetzt noch einmal der Wunsch auch von den Anzuhörenden noch ein, zwei Worte zu sagen? Das sehe ich auch nicht. Dann herzlichen Dank! Und ich würde dann offiziell diese Anhörung dann beenden und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Nachmittag und eine gute Nachhausefahrt!

Ende der Sitzung: 11:06 Uhr

Andreas Butzki
Vorsitzender

Tho/Be